

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Ersteinst wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 11
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Zeitspalt. Aufnahme nur bei vorherg. Gebührenzahlung auf Postfach Nr. 11502. Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsfrist Freitag

Neuen Kämpfen entgegen

Ein neues Jahr hat angefangen. Zweifelnd und doch hoffend stehen wir vor der Frage: Was wird uns die Zukunft bringen? Bereits das Jahr 1929 galt als ein ungünstiges für die Weltwirtschaft. Die Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten brach in der zweiten Hälfte des Jahres zusammen, und die Wirtschaftslage einer Anzahl von Industrieländern, vornehmlich in Mitteleuropa, hat sich verschlechtert. Das Wirtschaftsjahr 1930 stand im Zeichen der allgemeinen Krise der Weltwirtschaft. Heute gibt es kaum ein Land mehr, das von der Krise mehr oder weniger nicht ergriffen wäre. Bei gewaltigen Borräten an Lebensmitteln und Rohstoffen, bei einer gewaltig gesteigerten Leistungsfähigkeit der Produktion sind heute zwanzig Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos. Im Jahre 1929 war der Produktionsumfang nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie noch im Steigen. Im Jahre 1930 dürfte die industrielle Produktion in den großen Industrieländern um ein Viertel gesunken sein.

Der innere Zusammenhang zwischen den Produktionen, die einander ergänzen sollen, ist völlig zerrissen. Ungeheure Borräte häufen sich auf, weil sie unverkäuflich sind, und große Anlagen sind vorhanden, die nicht ausgenutzt werden können. Ebenso wurde der Zusammenhang der Preise, der in der Marktwirtschaft unter normalen Verhältnissen vorhanden ist, zerrissen. Auf der einen Seite fand ein gewaltiger Preissturz für Rohstoffe statt. Auf der anderen Seite sehen wir statt des dringend notwendigen Abbaus der Preise ein starres Festhalten an hohen Preisen.

Verhängnisvoll wirkte sich die ungunstige Einkommensgestaltung der breiten Massen aus. Es fehlte die Kaufkraft der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter, dazu kommt, daß die Kaufkraft der noch Beschäftigten durch Lohnsenkung geschwächt wurde. So ist es gekommen, daß die technischen Fortschritte, die dazu geeignet sind, der ganzen Menschheit zum Wohle zu gereichen, eine Plage für die Arbeitnehmer geworden sind. Durch die Rationalisierung wurden Millionen von Arbeitskräften freigestellt, ohne Aussicht, wieder in die Arbeit eingeschaltet zu werden. Der Kapitalismus schreitet über die Schicksale dieser Menschen hinweg. Er bedrängt eine Arbeitszeiterkürzung, die als Folge der beschleunigten und verbilligten Produktion für die Unterbringung der Freigestellten unannehmbar notwendig ist. Die in den rationalisierten Betrieben beschäftigten Arbeiter müssen bei rasendem Arbeitstempo eine seelentörende Arbeit verrichten.

So geht der Kampf um die Frage: welche Klasse die Kosten der Krise zu tragen habe und ob die Preislenkung der Lohnsenkung vorangehen solle oder umgekehrt. Was das Jahr 1930 auf diesem Gebiet bereits gebracht hat, ist mehr als unerträglich. Wenn auch für unseren Verband eine Statistik über den Abbau überarbeitsfähiger Bezahlung nicht vorhanden ist, so kann man aus eingegangenen Berichten entnehmen, daß diese Senkung des Lohnes etwa 8 bis 10 Proz. betragen dürfte. Ungefähr 5000 bis 6000 Arbeiter scheiden dabei aus, da laut Tarif eine Möglichkeit zum Abbau überarbeitsfähiger Löhne nicht gegeben war. Neben der Senkung der Bezahlungslagen her laufen die Angriffe der Unternehmer auf die tariflich festgelegten Löhne. Schrittmacher sind auf diesem Gebiet, wie das ja meistens festzustellen ist, die Lohngebiete mit der schlechtesten Bezahlung ihrer Arbeiter. So wurden in der Lederwarenindustrie für Schellen die Tariftöhne um 4% Proz. und für den Bezirk Eruirt-Rassel-Thüringen um 6 Proz. gesenkt. Richtig beginnen dürfte der Kampf um die Tariftöhne im neuen Jahre. waren doch bis Jahreschluss 1930 nicht weniger als 175 Tarife abgelaufen, die in normalen Zeiten für rund 27 000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Lohn- und

Arbeitsbedingungen regelten. Im Lauf des Jahres 1931 laufen weitere 25 Tarife, denen in normalen Zeiten etwa 10 000 Beschäftigte unterliegen, ab. Bereits erneuert sind 28 Tarife mit etwa 10 930 Beschäftigten.

Ganz verschieden sind die Auswirkungen des Lohnabbaus. Während der Großunternehmer den finanziellen Ertrag der mit Hilfe des staatlichen Schlichters durchgeführten Lohnsenkung schmunzelnd in die eigene Tasche überleitet, müssen unsere Handwerksmeister zähneknirschend zusehen, wie die Bewertung ihrer eigenen Arbeitskraft in Mitleidenschaft gezogen wird. Besonders im Sattler- wie im Tapeziererberuf, wo der Handwerksbetrieb noch überwiegt,

machen, so stehen uns ja noch allerhand Ueber-rasungen bevor.

Die Wirtschaftskrise hat allgemein eine schwere seelische Krise der von ihr Betroffenen erzeugt. Eine ungewöhnliche Verschärfung des Kampfes ist in Erscheinung getreten. Die Großunternehmer benötigen die Krise, um ihre Macht zu erhöhen. Gewaltig verschärft hat sich auch die Erregung der von der Krise betroffenen Mittelschichten der Bevölkerung, die sich in tödlicher Verbildung gegen das Proletariat richtet. Diese Volkstriebe haben wohl das dumpfe Gefühl, daß sie ebenfalls Opfer des kapitalistischen Systems sind, sie lassen sich jedoch immer wieder von den Kreaturen der Scharfmacher, die ihnen unter allerhand falschen Vorpiegelungen das „Dritte Reich“ versprechen, am Gängelband führen. Die Reichstagswahl am 14. September des Vorjahres hatte ein starkes Anwachsen der radikalen Flügelparteien im Gefolge. Das Schwergewicht im Deutschen Reichstag hat eine starke Verschiebung nach rechts erfahren. Schrittweise weicht die Regierung Brüning vor der Reaktion zurück. Erdrückt durch den nationalsozialistischen Straßenrummel in Berlin beschleunigten die republikanischen Minister Curtius und Wirth, daß der Remarque-Film das deutsche Ansehen schädige und gaben so den Weg frei zum Verbot dieses Films. Kurze Zeit danach trat der Reichsinnenminister Wirth den Rückzug an vor dem thüringischen Volksgewaltigen, dem Naziführer Friedl. Das Resultat des abgeschlossenen Kompromisses besteht darin, daß dieselben Männer, die in Thüringen dazu berufen sind, die Republik zu schützen, weiter am Werk sind, um die Ordnung des bestehenden Staates zu stützen, nur mit dem Unterschied, daß die deutsche Republik für die Zukunft diese Tätigkeit finanziert. Höher geht die „Selbstlosigkeit“ wirklich nicht.

Der Auftakt zum neuen Jahr ist kein sehr erfreulicher. Der schwere Rückschlag, den die Arbeiterbewegung auf allen Gebieten des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens erlitten hat, stellt die Gewerkschaften auf eine harte Probe. Im Interesse der Arbeiterschaft führen wir den Kampf für das Ideal der Bekämpfung der Arbeiter durch Ueberwindung des Kapitalismus und Errichtung der klassenlosen Gesellschaft im Sozialismus. Die Spaltung der Arbeiterschaft bei unserer Bewegung schwere Wunden

bedarf jetzt, zumal die Wirtschaftskrise die Leidenschaften auf das schärfste aufgewühlt und die aufbauende Klasse zurückgedrängt hat, der größten Anstrengung zur Ueberwindung der seelischen Krise, die durch Herausforderung neuer Kriensgefahr die Arbeiter des deutschen Volkes zu vernichten droht. So bedarf der unermüdlichen Auffrungsarbeit und des ständigen Appells an alle Arbeitshelden. Unermüßlich müssen wir den Unorganisierten vor Augen führen, daß es keine andere Rettung aus dieser Not gibt, als der Beitritt zur Organisation.

Nur dann, wenn wir diese Aufgabe mit allem Mut und aller Entschlossenheit durchführen, wird es uns gelingen, die ankämpfenden Kräfte in ihre Schranken zurückzuweisen. Im Rundschreiben des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe vom 21. November 1930 wird an einer Stelle gesagt:

„Das nächste Jahr wird sehr wahrscheinlich im Zeichen der Entschlossenheit darüber stehen, ob die Arbeitgeber oder die Arbeitnehmer in Zukunft die Oberhand in allen sozialpolitischen Fragen erhalten sollen.“ Wir müssen anerkennen, die Arbeitgeber führen eine klare Sprache. Für uns gilt es bereit zu sein, damit wir uns vor unangenehmen Ueberraschungen sichern können.

Jahreswechsel . . .

Die Zeit ist ewig gleich und wearnlos;
Jedoch der Mensch in seinem irdischen Streben
Ringt um Probleme, schwerer und riesengroß,
Und sucht der Zeit das Richtungsmaß zu geben!

So ringt er in der Zeit. Was er vollbringt,
Das nennt er Weltgeschichte, nennt er Zeit;
Und dabei glaubt er, das, was er erschafft,
Sei Ruhm und Zeit für alle Ewigkeit!

Ihr irden Toren! Jahr um Jahr vergeht —
Auch diesen Weltachtmarkt habt ihr erkundet —
Und an die Zeit, die niemals stille steht,
Die ewig gleich, seid kuerchtlich ihr gebunden!

Geschlechter gehen und Geschlechter kommen
Im Labyrinth der weasenlosen Zeit;
Doch euer Streben wird erst dann auch frommen,
Wenn ihr von Leid und Kerrauchauchet zu befreit!

Strebt für das Ganze! Gebt dem Menschentum
Den wahren Sinn, gebt Inhalt ihm und Leben!
Erst dann ist euer Streben Menschheitsruhm,
Erst dann wird euer Tun die Menschheit haben!

Dies ist mein schlichter Wunsch zum neuen Jahr!
Und daß der Wunsch Tat und Erfüllung werde:
Kämpft, Brüder, einig und verstandesklar
Für freies Menschentum auf dieser Erde!

leiden Tausende von Kleinmeistern unter Arbeitslosigkeit genau so wie die Gesellen. Dadurch nimmt der Konkurrenzkampf unhaltbare Formen an, das vernichtet die schwachen Versuche, eine Hebung der Qualität der Volkswaren herbeizuführen. Die Innungsverbände sind in scharfer Weise dem Wandelhandel mit minderwertigen Volksermöbeln entgangen. Jetzt scheint sich auch hier unter dem Druck der Krise eine Wandlung zu vollziehen, und man vertritt in Arbeiterkreisen andere Methoden. Auf einer Ausschusstagung der Pfister Arbeitgeber kam es auf Grund der gefassten Beschlüsse zu einer Denkschrift, in der der Gedanke vertreten wird, daß es solange nicht möglich sei, das Publikum zum Guten und Soliden zu erziehen, solange das Publikum sich weigert, diesen Gedanken anzuerkennen. Das Handwerk müsse sich in den Rahmen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Organismus einpassen.

Wir werden also in aller nächster Zeit erleben, daß ein Teil unserer Handwerksmeister die schandbaren Erzeugnisse der Handelsfirmen dadurch bekämpfen wird, daß er selbst derartige billige Chais-Longues anfertigt und zum Verkauf bringt. So liegt uns bereits aus einer Mittelstadt in Thüringen die Mitteilung vor, daß von einigen der dortigen Meistern so verfahren wurde. Sollten derartige Versuche, die Erzeuger minderwertiger Volksermöbel niederkonturrieren, im neuen Jahre Fortschritte

Die 10. Ausschusssitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am Sonntag, dem 14. Dezember, trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gebäude des Reichswirtschaftsrates zu seiner 10. Sitzung zusammen. An der Tagung nahmen auch die Bezirkssekretäre und die Redakteure der Gewerkschaftspresse teil.

Vorher trat er in die eigentliche Tagesordnung ein, wies Leipzig auf das in der vergangenen Woche erlassene Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ hin. Er halte es für notwendig, daß der Bundesausschuss gegen dieses Verbot entsprechende Proteste einlege.

Dann erstattete er Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschusssitzung. Die Arbeitslosigkeit ist seit der letzten Tagung unaußersächlich angewachsen. Das zwingt die Gewerkschaften, erneut zu der Lage Stellung zu nehmen. Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen ständig mit diesem großen Fragenkomplex beschäftigt. Zunächst sollen aber einige Fragen, mit denen der Vorstand sich befaßt habe, vorweg erörtert werden.

Ein Ortsausschuss hat sich an den Bundesvorstand mit der Anregung gewandt, den Umfang der Gewerkschaftspresse vorübergehend einzuschränken und statt dessen eine verstärkte Agitation durch Flugblätter zu betreiben. Der Bundesvorstand hält diese Anregung für beachtlich. Er will selbst Flugblätter herausbringen, in denen er zu den allgemeinen Fragen Stellung nimmt. Er empfiehlt den Verbänden, die besonderen Fragen ihres Tätigkeitsbereichs in der gleichen Weise zu behandeln. Auch die Bezirkssekretäre und die Ortsausschüsse sollten sich diesem Vorgehen anschließen.

In Schlesien hat der Bezirkssekretär die Vertreter der Gefellenausschüsse zu einer Konferenz zusammengerufen. Auch in anderen Bezirken sollten diese Konferenzen abgehalten werden. Die Verbände müßten sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen.

Eine Anregung, der Rotgemeinschaft deutscher Wissenschaft als korporatives Mitglied beizutreten, hat der Bundesvorstand aus finanziellen Gründen ablehnen müssen. Dagegen werden die Gewerkschaften die von der Rotgemeinschaft deutscher Wissenschaft eingeleitete Untersuchung über das Grubenunglück in Udorf und die Verhütung ähnlicher Katastrophen unterstützen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach Leipzig über die wirtschaftliche Notlage der deutschen Studenten, für die in weit geringerem Maße als bisher Stipendien zur Verfügung gestellt werden können. Er halte es daher für zweckmäßig, daß einer Anregung, die von sozialistischen Hochschullehrern ausgegangen sei, stattgegeben werde. Der Vorschlag gehe dahin, daß die Gewerkschaften selbst bestimmte wissenschaftliche Arbeiten antragen sollten, für die zunächst zwei Preise von je 2000 RM. auszuweisen seien, und zwar geteilt in je drei Preise von 1000, 600 und 400 RM.

Für das Arbeiterforttrot in Neurode hat der Bundesvorstand 1000 RM. bewilligt.

Der Vorstand hat sich in letzter Zeit mit dem Plan beschäftigt, eine Konferenz einzuberufen, zu der die Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen, die Bezirkssekretäre und die Vertreter der größeren Ortsausschüsse geladen werden sollen, außerdem eine größere Anzahl von Betriebsräten, um über Betriebsrätefragen zu beraten.

Von Seiten des Jugendsekretariats wird berichtet, daß der Reichsausschuss der Deutschen Jugendverbände, dem wir angehören, eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zur Erweiterung des Jugendschutzgesetzes vorge schlagen werden, die eigentlich ihre Regelung im Arbeitsschutzgesetz finden würden. Es sei aber vielleicht zweckmäßig, diese Fragen vorweg einer Abhandlung entgegenzuführen. Die Vorschläge sind in Vorbereitung.

Im Zusammenhang mit der Preisentungsaktion ist die Forderung nach Aufhebung des Nachtarbeitverbots erhoben worden. Der Bundesvorstand hat es aus verschiedenen Gründen abgelehnt, seinerseits diese Aufhebung zu befürworten; vor allem aus dem Grunde, weil sie vermutlich zu neuen Entlassungen führen würde. Das Widerspruch der von den Gewerkschaften besetzten Politik. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist dagegen entschlossen, die Aufhebung des Nachtarbeitverbots für Großbetriebe nachdrücklich zu betreiben.

Dann berichtete Leipzig kurz über den Internationalen Gewerkschaftsbund. Es ist bereits bekannt, daß als Nachfolger Cassenbachers der Genosse Schwenels zum Generalsekretär des IGB. gewählt worden ist. In der letzten Sitzung des Vorstandes des IGB. wurde zum Untersekretär der von der Landeszentrale der Tschechoslowakei vorgeschlagene Kandidat Stal gewählt.

Ein gemeinsamer Ausschuss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in dem die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten sind, bereitet eine größere Denkschrift zu dieser wichtigen Frage vor. Er wird seine Ar-

beiten im Januar auf einer neuen Tagung in Zürich fortsetzen.

In der Debatte, die sich an die Mitteilungen des Bundesvorstandes angeschlossen, wurde die Auffassung vertreten, daß Betriebsratensitzungen zweckmäßigerweise von den Verbänden einberufen werden sollten. Dagegen sei eine Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände sehr zu begrüßen. Hülsmann, Bergarbeiter-Verband, hielt es vor allem für wichtig, die Amtszeit der Betriebsräte zu verlängern, die Wahlperiode auf etwa 3 bis 4 Jahre festzusetzen. Demgegenüber wurde von Bernhard, Baugewerksbund, betont, daß die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte für bestimmte Industrien, wie zum Beispiel das Baugewerbe, nicht von erheblicher Bedeutung sei. Im Baugewerbe werde ein Betriebsrat selten länger als einen Sommer im Amt bleiben. Die heute bestehende Regelung habe den großen Vorteil, daß jährlich Tausende von Arbeitern in dieses überaus wichtige Aufgabengebiet eingeführt werden können. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten ebenso wie bisher die Kommunisten, verstanden, Betriebszellen aufzuheben. Gegenüber der Gefahr, gewerkschaftsfeindliche Grundzüge in die Bewegung einzuführen, sind die Betriebsräte das wichtigste Widerstandszentrum. Die Gewerkschaften müßten sich daher besonders bemühen, die Betriebsräte gründlich zu schulen. Die Betriebsräte müßten in größerem Umfang mit Material zur Unterstützung ihrer sachlichen Arbeit versehen werden. Wenn es gelingt, die Arbeit unserer Mitglieder und Funktionäre gegen jede Zellenbildung in der Organisation zu stärken, werden alle gewerkschaftsfeindlichen Strömungen sehr bald den letzten Rest ihrer Bedeutung verlieren. Endlich wurde auch in der Aussprache darauf hingewiesen, daß der Zweck einer Betriebsratensitzung vielleicht nicht erreicht werden könne, wenn die Zahl der Teilnehmer zu stark beschränkt würde.

Zu der Frage des Nachtarbeitverbots wurde ausgeführt, daß es ein Irrtum sei, von seiner Aufhebung eine Herabsetzung des Brotpreises zu erwarten. Die Herstellung von Brot in der Nacht würde sich verteuern, da die Bäckerarbeiter ebenso wie alle anderen Arbeiter Nachtarbeit nur gegen Lohnzuschläge leisten würden.

Wenn der Jugendschutz aus dem Arbeitsschutzgesetz herausgenommen und vorrangig behandelt würde, bestände die Gefahr, daß andere wichtige Fragen, die für die Verbände von nicht geringem Interesse sind und gleichfalls durch das noch ausstehende Gesetz geregelt werden sollen, weiterhin verschoben werden.

Eine Reihe von Verbandsvertretern erklärte, daß eine generelle Einschränkung des Umfangs der Gewerkschaftszeitungen nicht in Frage komme, insbesondere Brandes (Metallarbeiter-Verband) und Brey (Fabrikarbeiter-Verband) hielten sie nicht für empfehlenswert. Dagegen waren alle damit einverstanden, eine intensivere Agitation durch Flugblätter zu betreiben, die um so wirkungsvoller sein würde, wenn sie sich aus ganz bestimmten Situationen ergäbe, sich mit falschen Behauptungen und Entstellungen der Gegner auseinandersetze usw.

Einer der Redner wandte sich gegen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die von den Kommunisten vorgeschlagene Winterbeihilfe für die Erwerbslosen im Betrage von 400 Millionen abgelehnt habe. Dem wurde entgegengehalten, daß die Sozialdemokratie gegen die von den Kommunisten beantragte Nothilfe stimmen mußte, weil es sich um einen bloßen Agitationsantrag gehandelt habe. Die Antragsteller hätten sich so gut wie jeder andere, der die Finanzlage des Reiches kenne, darüber klar sein müssen, daß diese 400 Millionen gar nicht ausgebracht werden können. Die Staatseinnahmen gingen zurück, während die Staatsausgaben wuchsen. Wenn die Sozialdemokratie sich für diesen Antrag erklärt hätte, so hätte sie höchstens die Regierung Brünning gestützt.

Thomas (Dachbeder-Verband) wandte sich gegen die Ausweitung von Preisen für wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, solange die Verhältnisse an den deutschen Universitäten so seien, wie die Vorfälle in Berlin und in Königsberg bewiesen. Man müsse an die Universitäten herantreten, um weltanschauliche Auseinandersetzungen zu verlangen. Demgegenüber wurde von anderen Verbandsvertretern betont, daß es nur nützlich sein könne, wenn die Studierenden sich mehr mit der Arbeiterbewegung beschäftigen würden, statt über sie zu urteilen, ohne sie zu kennen.

In der Aussprache kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften sich mit aller Entschiedenheit für den Ausbau des Reichsbanners zu einer wirksamen Schutzorganisation der Arbeiterschaft und des republikanischen Staates einlegen müßten. Alle Verbandsvertreter waren der einmütigen Auffassung, daß es nicht genüge, gegen das Verbot des Remarque-Films zu protestieren; es müsse vielmehr mit aller Entschiedenheit die Aufhebung dieses Verbots gefordert werden.

Am Schluß der Aussprache wies Leipzig darauf hin, daß die Verbandsorgane dem Bundesvorstand ihre Stellungnahme zu dem Plan einer Betriebsratensitzung mitteilen sollten. Der Bundesvorstand werde dann entsprechend dieser Stellungnahme seinen Plan weiter verfolgen.

Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Entschliessung für die Aufhebung des Verbots des Remarque-Films wurde vom Bundesvorstand einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht seine Empörung aus über das Verbot des Remarque-Films. Er protestiert entschieden gegen dieses Verbot, das von dem alten militaristischen Geist diktiert ist, keineswegs aber von dem Geist der Männer, die an der Front kämpften. Er protestiert gegen das Wiederaufleben der Methoden des Obrigkeitstaates, die Freiheit der eigenen Urteilsbildung zu verhindern. Demgegenüber betont der Bundesausschuss erneut den entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterschaft zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Volksrechte. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß das Verbot des Films aufgehoben wird.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen des Bundesausschusses stand eine eingehende Aussprache über die allgemeine Lage.

Leipzig eröffnete einleitend an die in der letzten Zeit ergangenen Schiedssprüche und an die noch schwebenden und in Aussicht stehenden Verhandlungen der Bergarbeiter, Buchdrucker und Landarbeiter. Er berichtete von eingehenden Besprechungen des Bundesvorstandes mit Vertretern der Regierung über die schweren sozialen Gefahren, die durch die Schlichtungspraxis der letzten Wochen und die systematisch betriebene Lohnsenkung heraufbeschwoeren werde, und über die Gefährdung der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Epsleitz gab einen Ueberblick über das Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, wie es sich aus den gegenwärtigen konjunkturellen und politischen Verhältnissen wie aus der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe des Winters anwachsen. Insbesondere werden sich die Verhältnisse in der Bauwirtschaft verschlechtern. Die Gewerkschaften stehen infolgedessen vor der Frage, wie sie unter diesen für ihren Kampf schwierigen Bedingungen den drohenden Lohnabbau abwehren oder auf das geringste Maß beschränken können. Die Tarifkämpfe konnten bisher im größten Teile der Fertigwarenindustrie gehalten werden, während die überarbeitslosen Verdienste und Akkordlöhne bereits vielfach abgegriffen sind. Der Angriff gegen die Tarifhöhe auf breiterer Front steht noch bevor. Im ersten Halbjahr 1931 wird er vermutlich größeren Umfang annehmen. Bis Ende Juni sind die Tarifverträge für rund drei Millionen Arbeiter kündbar. Demnach ist zu prüfen, welche Kräfte die Bewegung gegen diese Gefahr einzusetzen hat. Bei dieser Prüfung ist zu berücksichtigen, daß die tarifliche Situation, in der die Gewerkschaften bei diesen Kämpfen stehen werden, in hohem Maße bestimmt wird durch die staatliche Schlichtung, namentlich durch die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung von Schiedssprüchen. Das Reichsarbeitsministerium hat — im Einvernehmen mit der gesamten Reichsregierung — wiederholt öffentlich betont, daß es auf dem Standpunkt steht, Lohnsenkungen seien volkswirtschaftlich erforderlich. Demnach wird es die Schlichtungspolitik, namentlich die Anwendung der Verbindlichkeitsklärung, sowohl im Prinzip wie im einzelnen Falle, einrichten.

Wiedererleits steht, wie gesagt, fest, daß eine gewisse Verminderung des Lohnverdiensts durch die Einschränkung der Lohnerverdienste bereits stattgefunden hat. Daber haben auch die Gewerkschaften ein Interesse am Abbau der Preise, damit ein Ausgleich für die Verminderung des Arbeitseinkommens hergestellt werde. Aber die Gewerkschaften haben nicht nur ein Interesse an dem Erfolg des Preisabbaues, sondern auch an seiner schnellen Durchführung und Beendigung. Währt die Aktion zum Abbau der Preise zu lange, so läßt sie die Kaufkraft und droht die Auftragsverteilung. Eine solche Entwicklung steht einer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Wege.

Die Gewerkschaften haben die Verkürzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Entlastung des Arbeitsmarktes gefordert. Vereinbarungen mit den Unternehmern über die Streichung der Arbeit begegneten bisher, wie sich in vielen Fällen zeigte, großen Schwierigkeiten. Die Arbeitgeber erklärten jede Verkürzung der Arbeitszeit für nachteilig für die Belebung der Wirtschaft. Sogar die Forderung nach Verlängerung der Arbeitszeit wurde in ihrem Lager laut. Das Ziel der Arbeitsstreichung muß aber trotzdem mit größtem Nachdruck weiter verfolgt werden, und zwar auch als eine Vorarbeit für die unbedingt notwendige durchgehende Verkürzung der Arbeitszeit, zu der es auf jeden Fall und unter allen Umständen in absehbarer Zeit kommen muß. Es gilt, dem Widerstand der Unternehmer gegen die Verkürzung der Arbeitszeit schon jetzt zurückzudrängen durch eine möglichst weitgehende Einführung kürzerer Arbeitszeiten zum Zwecke der Einstellung von Arbeitskräften.

Sowohl in der Frage der Arbeitszeit wie der Löhne werden die Gewerkschaften auch weiterhin mit einem starken Widerstand zu rechnen haben. Selbst

Betrieb und Wirtschaft

Irrtum oder Absicht?

Die zweite Notverordnung vom 1. Dezember verfuhr bekanntlich, die größten Härten ihrer Vorgängerin zu mildern. So sind beispielsweise besondere Gruppen von Versicherten (Arbeitslose, Sozialrentner usw.) von der Tragung der Krankenscheingebühr befreit worden. Sie müssen also, wie unter dem alten Recht, den Krankenschein kostenlos erhalten. Wohl jeder war und ist der Ansicht, daß diese Personengruppen auch dann nichts zu zahlen haben, wenn sie in der Familienhilfe einen Krankenschein für ihre anspruchsberechtigten Angehörigen (Ehefrau, Kinder) haben wollen. Es wäre doch ein Unfug, wenn ein Arbeitsloser zwar einen Schein für sich selbst kostenlos erhält, will er jedoch einen Krankenschein für sein Kind haben, so muß er ihn bezahlen. Die neue Notverordnung enthält über eine Gebührenschrift oder Gebührenschrift der Familienkrankenscheine keine Bestimmungen. Dies ist anscheinend vergessen worden. Die meisten Krankentassen haben demzufolge die Verordnung wohlwollend ausgelegt, und stehen auf dem Standpunkt, daß bei den von der Gebührenschrift befreiten Personengruppen (Arbeitslose, Sozialrentner usw.) nicht nur die Krankenscheine für die Versicherten selbst, sondern auch die für die Familienhilfe gebührenschrift ausstellen sind. In dieser wohlwollenden Meinung haben sie sich jedoch getäuscht. Der Reichsarbeitsminister hat unterm 9. Dezember an die Länderregierungen ein Rundschreiben über Auslegung und Anwendung der neuen Notverordnung erlassen. Dieses Rundschreiben nimmt auch Stellung zu der Frage, ob in der Familienhilfe für die Krankenscheine stets Gebühren zu entrichten sind, oder ob hier auch die erwähnten und bekannten Ausnahmen Geltung haben. Der Minister schreibt hierzu: „Für die Familienkrankenscheine hat die Verordnung eine Befreiung (von der Krankenscheingebühr) nicht ausgesprochen. Wenn hier bei der Erhebung des Sonderbeitrags Härten entstehen, kann der Sonderbeitrag bei augenblicklicher Not gestundet und bei Uneinbringlichkeit niedergeschlagen werden.“ Die Auslegung, die hier der Minister gibt, muß Erstaunen erwecken. In der Familienhilfe gibt es demnach überhaupt keine Befreiungen von der Krankenscheingebühr. Sie ist hier stets (auch von Arbeitslosen usw.) zu entrichten. Wenn man sich an den starren Wortlaut der Notverordnung hält, hat der Minister recht. Es ist kaum glaublich, daß dies der Wille des Gesetzgebers ist, denn warum sollte ein Arbeitsloser seinen Krankenschein umsonst erhalten, dagegen den für sein Kind oder seine Frau bezahlen müssen? — Die Sache ist höchstens so zu erklären, daß man vergessen hat, in der Notverordnung auch die Gebührenschrift für Familienheime der betreffenden Versichertengruppen ausdrücklich zu erwähnen. Oder liegt hier Absicht vor? — Die Leidtragenden sind die Versicherten. Die Kassen müssen nun auf Grund des Rundschreibens ihre wohlwollende Meinung fallen lassen und in der Familienhilfe die Krankenscheingebühr stets erheben.

Keine Beschränkung der Wiederwählbarkeit der Betriebsratsmitglieder.

Durch Beschluß des Arbeitsgerichts Rosenheim vom 21. März 1930 wurde gegenüber dem Betriebsratsvorsitzenden D. der A.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation in Kedenfelden wegen gröblicher Verletzung der ihm obliegenden Pflichten das Ersuchen der Mitgliedschaft zum Betriebsrat ausgesprochen. Der weitergehende Antrag der A.-G., den Ausschluß der Wiederwahl des D. auf die Dauer von zwei Jahren anzusprechen, wurde abgewiesen.

Die hiergegen beim Reichsarbeitsgericht eingelegte Beschwerde der A.-G. wurde zurückgewiesen. Und zwar mit folgenden grundsätzlichen Ausführungen:

Die Rechtsbeschwerde macht geltend, daß der Beschluß zwar dem Wortlaut des § 39 ArbGG entspricht, daß er aber keine praktische Bedeutung habe, da der Antragsgegner bereits am 27. März mit Wirkung vom 1. April 1930 zum Betriebsrat wiedergewählt sei und somit bei sofortiger Rechtskraft des Beschlusses nur 11 Tage dem Betriebsrat nicht angehört, bei erst nach dem 1. April eintretender Rechtskraft aber überhaupt nicht aus der Betriebsvertretung ausscheiden würde. Um den vom Gesetz gewollten Zweck zu erreichen, sei daher die Feststellung notwendig, daß der Antragsgegner für eine bestimmte Zeit nicht wiedergewählt werden könne. Soweit die Rechtsbeschwerde sich auf eine neue Tatsache, nämlich die angeblich mit Wirkung vom 1. April 1930 erfolgte Wiederwahl des Antragsgegners, stützt, kann sie damit in dem gegenwärtigen Verfahren, das sich nach § 86 Abs. 1 ArbGG auf die rechtliche Nachprüfung des von dem Berrichter festgestellten Sachverhalts zu beschränken hat, nicht gehört werden. Aber selbst die Richtigkeit dieser Tatsache unterstellt, würde dadurch zugunsten der Beschwerdeführerin nichts gewonnen sein; denn so beachtenswert ihre Ausführungen für den Gesetzgeber im Sinne einer künftigen Änderung der einschlägigen Bestimmungen sein mögen, finden sie doch in dem jetzt gültigen Betriebsratsgesetz keine Stütze. Auch die Entstehungsgeschichte gibt keinen Anhalt für eine so weitgehende Auslegung. Für den Standpunkt des angefochtenen Beschlusses spricht auch der Umstand, daß andere Gesetze ausdrückliche Vorschriften über die zeitliche oder dauernde Unfähigkeit zur Befleidung eines (öffentlichen) Amtes, also über die Beschränkung oder den Ausschluß der Wiederwählbarkeit zu diesem Amt enthalten, während das Betriebsratsgesetz, trotzdem es erst aus neuerer oder etwa derselben Zeit stammt, eine solche oder ähnliche Bestimmung nicht aufweist. Eine im Sinne der Rechtsbeschwerde ergänzende Auslegung würde demnach über die dem Richter durch § 133 ArbGG. gesteckten Auslegungsgrenzen hinausgehen; denn bei der Auslegung eines Gesetzes kann der Richter zwar jedes ihm zur Aufklärung des Gesetzeswillens erforderliche erscheinende Mittel anwenden, er muß aber vor allem prüfen, ob das, was als ermittelt angenommen werden soll, im Gesetz selbst einen geeig-

neten Ausdruck gefunden hat, der den entsprechenden Willen des Gesetzgebers erkennen läßt, und das ist hier zu verneinen. „Reichsgerichtsbriefe“. (RAG. B 22/30. — 15. Oktober 1930.)

Voraussetzungen für den Bezug der Kurzarbeiterunterstützung.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat am 12. November 1930 in einem Rundschreiben an die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter Ausführungen über den Bezug der Kurzarbeiterunterstützung, insbesondere über die Berechnung für die Sonnabende, an denen nur vormittags gearbeitet wird, gemacht. Es heißt da:

„Die Arbeitszeitverordnung läßt in der Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche oder 96 Stunden in der Doppelwoche auf die einzelnen Wochentage eine gewisse Freiheit. Infolgedessen ist es in vielen Betrieben üblich geworden, den Sonnabendnachmittag arbeitsfrei zu lassen und die ausfallenden Arbeitsstunden auf die anderen Wochentage zu verteilen. Diese Regelung ist auch vielfach in den Tarifverträgen oder in der Arbeitsordnung ausdrücklich festgelegt. Wenn ein solcher Betrieb dann zur Kurzarbeit übergeht, so kann der Arbeitsausfall am Sonnabend, obwohl an diesem Tage die Arbeitszeit ohnehin geführt ist, unbedeutlich als Ausfall eines vollen Arbeitstages im Sinne der Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung gewertet werden. Der damit verbundene Lohnausfall würde zwar nicht ein Sechstel, sondern fünf Achtundvierzigstel des gesamten Wochenlohnes betragen; es würde also trotz Ausfalls von drei vollen Arbeitstagen (einschließlich des Sonnabends) das Arbeitsentgelt des Arbeitnehmers immer noch mehr als die Hälfte des bisher verdienten Wochenentgelts betragen. Gleichwohl muß in solchen Fällen auch die weitere Voraussetzung für die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung, daß der Ausfall voller Arbeitstage eine entsprechende Kürzung des Arbeitsentgelts im Gefolge haben muß, als erfüllt angesehen werden. Denn diese Voraussetzung bedeutet lediglich, daß der Verdienst, der bisher an den Ausfalltagen erzielt worden ist, infolge des Arbeitsmangels und der Arbeitsstörung fortgefallen sein muß und nicht etwa gleichzeitig durch irgendwelche Umstände an den verbleibenden Arbeitstagen ganz oder teilweise wieder aufgeholt wird.“

Diese Auffassung wird meines Erachtens auch durch die Entscheidung des Spruchsenats Nr. 3789 vom 28. März 1930 (Reichsarbeitsblatt S. IV 301) gestützt. Denn gerade nach dieser Entscheidung ist zunächst, ehe die Frage nach einem durch Mehrleistung in Akkordarbeit erzielten Verdienst aufgeworfen werden kann, in allen Fällen zu prüfen, wieviel der Arbeitnehmer vor Einführung der Kurzarbeit im Durchschnitt bei Vollarbeit verdient hat, wieviel er während der Kurzarbeit verdient und inwieweit die etwaige Verringerung des Arbeitsentgelts durch die Kurzarbeit verursacht ist.“

verständlich ist es wünschenswert für die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit, die sozialen Auseinandersetzungen in ruhiger Bahnen zu lenken und die Formen der Arbeitskämpfe zu mildern. Die praktische Erfahrung in den letzten Monaten scheint aber zu zeigen, daß einer Annäherung der gegenläufigen Standpunkte enge Grenzen gezogen sind. Immerhin ist eine gewisse Bereitschaft zu grundsätzlichen Zugeständnissen in führenden Kreisen des Unternehmens nicht zu verkennen und verdient sorgfältige Prüfung.

In der Diskussion wurde die gegenwärtige taktische Situation der Gewerkschaften eindringlich erörtert. Allgemein war die Ueberzeugung, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr vertretbar sei, wenn eine Senkung der Tariflöhne eintrete. Denn dann würde die Verkürzung der Arbeitszeit eine weitere Lohnminderung bedeuten. Gegen diese durch den Preisabbau nicht gerechtfertigte Herabdrückung des Lebensstandards der Arbeiterchaft müßten sich die Organisationen mit äußerster Entschlossenheit zur Wehr setzen. Grundsätzliche Zugeständnisse der Unternehmer hätten nur dann Bedeutung, wenn ihre Beachtung im Einzelfall gewährleistet wird. Jede Zweideutigkeit muß gerade jetzt vermieden werden.

Wenn die Regierung und die Unternehmer den ersten Willen hätten, den Austrag der sozialen Gegenläufe in friedlicher Bahnen zu lenken, so müßten sie sich eindeutig zur Tariffrage und zur Erhaltung des Tarifsystems bekennen. Tatsächlich zeigt

sich aber, daß die Unternehmer zum Beispiel in der Metallindustrie weder in der Frage der Entlassungen, noch in der Frage der Mehrarbeit das geringste Entgegenkommen beweisen. Auch an dem Willen der Regierung, in diesen Fragen eine ausgleichende Haltung einzunehmen, sind starke Zweifel berechtigt. Bei manchen Auseinandersetzungen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es den Unternehmern nicht nur auf den Lohnabhang ankommt, sondern auf einen Generalangriff gegen die tarifliche Regelung überhaupt, gegen die Verringerung der Bestimmungen über den Urlaub, den Entlassungsschutz usw. Das normative Recht der Tarifverträge darf aber nicht verschlechtert werden.

Die Verbandsvorstände waren sich darin einig, daß die Gewerkschaften die Entlohnung der Lage dauernd scharf im Auge behalten müssen, um zu gegebener Zeit abermals zu gemeinsamer Beratung der notwendigen taktischen Schritte zusammenzutreten.

Im weiteren Verlauf der Tagung referierte der Bildungssekretär des DGB, Kollege Heßler, über:

„Das neunte Schuljahr“.

Die zu dieser Frage vom Bundesvorstand vorgelegte Entschloßung wurde einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Verlängerung der Schulpflicht ist aus gesundheitlichen, jugendpsychologischen und sozialpädagogischen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Gewerkschaften sind bereits früher grundsätzlich für die Verlängerung der Schulpflicht eingetreten. An dieser Auffassung halten sie fest.“

Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutet erweiterten Jugendschutz, da der ganztägige Schulbesuch den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis um ein volles Jahr hinausdrückt. Diese längere Fernhaltung von der Erwerbstätigkeit schafft Raum, den Jugendlichen körperlich zu kräftigen und läßt ihm Zeit, geistig zu reifen. Er wird dann seine Berufswahl mit größerer Sicherheit treffen können. Von einer Verlängerung der Schulpflicht ist überdies eine Hebung der geistigen Ausbildung und charakterlichen Erziehung unseres Volkes zu erwarten.

Die Verlängerung der Schulpflicht hat gleichmäßig für alle Jugendlichen zu gelten. Für die betroffenen Familien ist eine Sonderfürsorge in ausreichendem Maße unerläßlich.

Gegen den Vorschlag, die Verlängerung der Schulpflicht auf zwei Jahre zu beschränken und nur für die Volksschüler in den Städten einzuführen, sind große Bedenken zu erheben. Dieses Provisorium wäre geeignet, den Grundgedanken der allgemeinen Schulpflicht zu gefährden.

Die Erweiterung der Schulpflicht ist für die Reorganisation des gesamten öffentlichen Schulwesens von weittragender Bedeutung. Die erweiterte Schulpflicht darf weder in einer einfachen Verlängerung des Elementarunterrichts (Volksschule) bestehen, noch darf sie (durch Besuch spezieller Berufsschulen) zu einer vorzeitigen Berufswahl führen. Ueber Lehrplangestaltung und organisatorische Angliederung sollten sich die Behörden, die Vertreter der Volks- und Berufsschulen mit Vertretern der Wirtschaft verständigen.“



Leben im Familien



Trotz alledem / Zur Jahreswende.

Wir hoffen alle auf ein besseres neues Jahr. Wir hoffen, selbst wenn einstweilen so roenig Aussicht auf Besserung vorhanden ist, selbst wenn die Zukunft in dem oder jenem Berufe so besonders dunkel vor uns liegt. Ueber alle kritischen Ermuagungen und alle ernstesten Betrachtungen siegt letzten Endes in der Tiefe des Menschlichen immer der Glaube.

Wer hat nicht die stille Hoffnung, daÙ allem zum Trotz doch eine bessere Stunde kommt? Wir wissen nicht, wie. Es ist alles im Werden. Aus dem einen wird das andere heraus. Ein großer Gärungsprozess der Wirtschaft an der Wende der Zeiten. Doch wir sind im Tiefsten davon durchdrungen: es wird besser.

Manche mögen es gedankenlos und träumerisch nennen, und doch entspringt dieses Glauben und Hoffen einem tief gewurzeltten menschlichen Gefühl. Es ist der Glaube an Recht, der zum Wesen des Menschen geworden. Es ist das Fühlen der Kraft und der Menschengröße, die sich da unbewußt bewußt ist, dennoch stärker und gewaltiger zu sein als alles, was dieses Menschenrecht und diese Menschengröße in ihrer stolzen Freiheit hemmt.

Es kann nicht so bleiben, weil es dem Göttlichen im Menschen zumider ist. All dieses Brutale dieser Wirtschaft, all diese Versklavung menschlichen Rechts: es kann nicht dauernd so bleiben, wie es ist. Und wahrht es länger oder wahrht es kürzer: es wird anders und besser und neu.

Sollte da das junge Jahr uns nicht ein Stück vorwärts bringen zu dem, worauf Menschen ein Anrecht haben? So zittert es bangend und hoffend in uns. Wird es vielleicht gar noch schlimmer? Ach, und den-

noch ist es zuletzt immer wieder die Hoffnung, die siegt.

Menschenschwestern und Menschenbrüder, ihr alle, laßt euch diesen Glauben nicht erstickten in aller großen Not! Volk, mit diesem deinem schönen Glauben erlebst du dich im Edelsten und Tiefsten deiner selbst. Du glaubst an das Wahre und Gute und Schöne, weil du es selber trägst. An das Göttliche glauben ja, wie Hölderlin sagte, die allein, die es selber sind.

Was du fühlst, Volk, das wird auch werden. Dein Glaube ist die Seele des Werdensprozesses dieser Zeit. Das große Geschehen dieser historischen Stunde gilt einer hehren Erfüllung: du sollst sein.

Und aus diesem starken Glauben an das Größteste, das da wird, reckt sich auch im Alltag der Augenblicksnot das Leben in uns, das heiligste Leben, der göttliche Glaube an Sinn.

Aus diesem großen Glauben durchseelt uns die Hoffnung auf ein Dennoch des neuen Jahres.

Laßt uns zur Wende des Jahres alle eine Stunde der Besinnung haben, der Besinnung auf uns selbst! Hört in dieser Stunde der Jahreswende auf dieses tiefe Glaubende eurer Seele, daß auch das Leben der Not nicht im Inneren zerreiÙt und erstickt!

Laßt uns unseren Glauben erhalten! Nur mit dem Glauben erretten wir uns die Seele und der Bewegung den Geist. Laßt uns glauben! Aus der ganzen Liebe unserer Seele glauben an Menschenrecht und an Freiheit! Ja, glauben! Trotz alledem und alledem! Daß das doch nur bleibt, was die Zukunft bedeutet und die Freiheit erzwingt: Fülle der Kraft, der Liebe, des Könnens. Menschen des Wollens und der Tat. Kämpfer.

Der graue Vogel.

Von Alexander von Sacher-Masoch.
Von der Welt trennte ihn das große Biered des Dachfensters über seinem Kopf. Zwei Scheiben waren zerplittert. Es war Winter. An den Öffnungen strich grauer Dunst vorüber. Irgendwo hinter den bumpfen Konturen der Stadt spannte die Dämmerung, ein großer Vogel, ihre Schwingen aus und kam näher. Die Scheiben erbebten davon. Seine Nahrung seit drei Tagen waren Gedanken. Er erzeugte sie selbst und verbrauchte sie dann gewissenhaft. „So habe ich mich redlich aus mir selbst ernährt“, dachte er gerade abschließend und schloß die Augen. . . Wenn wir in welchem Zustand in einen dunklen Raum treten, sind unsere Sinne geschärft für Geräusche. Und so hörte er jetzt, der durch das einfache Zulappen seiner Augendeckel alle Lichter der Welt für sich selbst souverän verhöht hatte, die Geräusche der Stadt, die aus der großen Tiefe lorst nur schwach zu ihm herausdrangen. Den Rest des Lärms verschlang die Gewöhnung. So zerpfückte er wie ein Gott, der, das All durchdringend, überall theimatisiert ist, den tausenbjätigen Lärm. Vieles verstände er in sich und ließ es immer wieder und wieder erklingen. „Das sind die Räder“, dachte er. „die ich aus meiner Kindheit kenne.“ Und es fielen ihm Sinnsprüche ein, wie „Die Zeit rollt wie ein Rad durch das All“ oder „Du wirfst unter die Räder kommen, wenn du so weitermachst, mein Junge!“ Das waren die Worte des Vaters. Er freut griff er nach neuer Nahrung. Einmal ging er vor langer Zeit in einer anderen, kleineren Stadt neben dem Vater in die Dämmerung hinein. Ein großer und ein kleiner Mann auf dem Heimweg in eifrigem Gespräch. Denn er reichte dem

Vater damals kaum bis an die Hüfte. Da sah er dieses Bild zum erstenmal. Einmal blieb er stehen und zeigte auf die Stadt, die näher kam, und hinter die verstreut ausblühenden ersten Lichter in die Ferne, wo die Ketle der Berge verbuchte:

„Das ist das für ein großer, grauer Vogel hinter der Stadt!“

„Das ist die Dämmerung,“ sagte der Vater und sah ihn bekümmert an.

„Kein Beruf, der seinen Mann ernährt, Gedanken aufzuschreiben oder Gefühle.“ Er war ein gutes Stüd gewachsen und kam einmal in jene Stadt beim, ziemlich abgerissen und verlottert. Sie fühlten keine langen Gespräche mehr. Denn er war durch die kleine Tür einer hohen Mauer eingetreten in eine andere Welt und als er sich umblüete, konnte er den Vater und die anderen nicht mehr sehen. Und es stimmte, daß er immer mehr unter die Räder kam. Die Räder stießen ihn blutig, öffneten viele Wunden an seinem Körper und durch die Wunden drang ein fremdes, seltsames Leben in ihn ein, Hart und schmerzhaft, ohne daß er dafür konnte. Lange Zeit wohnte er überhaupt nicht. . .

Hier brach die Gedankenkette ab. „So könnte man seine Biographie beginnen,“ sagte er, die Augen öffnend. Das Biered des Fensters war verschwunden, die Dunkelheit herrschte. Als er aufstand, um einen Gang durch die Stadt anzutreten, kam er sich wie ein geprellter Betrüger vor. Denn in der rechten Radische spürte er die Zehnpfennigmünze, um die es an jenem Nachmittage gegangen war. Ein heftiger Kampf war ausgefochten worden, denn im Dachraum, den man, wenn man Lust hatte, auch hoch-

trabend „Keller“ nennen konnte, befand sich ein Gasautomat — Gas für zehn Pfennig reichte zwar nicht zu einem soliden Selbstmord, aber es war angenehm, diese verlockende Möglichkeit, die man aus kurzen Zeitungsnotizen kannte, vor Augen zu haben. Andernteils konnte man für zehn Pfennig drei Bröckchen kaufen. Jetzt war auch das vorbei, denn die Läden schlossen um sieben. Gedankemahrung füllte den Magen nur mangelhaft. „Wir gehen aus“, sagte er zu seinem schätigen Ueberzieher, während er ihm anzog. Auf den Straßen herrschte ungewöhnlich reges Leben, die Gegend der Gebäcknisstiche war hell erleuchtet, die Cafes, Bars und Tanzlokale waren bis auf den letzten Platz besetzt und er beugnete auf seinem Weg zum nahe gelegenen Künstlerlokal etwa zwanzig Betrunknen, Kafeiten und Feuerverwert flozen durch die Luft. Im kleinen Lokal war die Stimmung weit vorgeschritten. Er geriet mitten in eine Gesellschaft unbekannter Leute, die seine traurige Gestalt mit großem Hallo begrüßten und ihn sofort in ihre Mitte loben. Viele Getränke unbestimmbarer Natur rannen während der nächsten zwei Stunden durch seine Kehle und sein ausgehungertes Magen reagierte prompt auf den Wirt des Alkohols. Um zwölf Uhr wurde er darüber aufgefärt, daß alle loben über die ausgetretene Schwelle des alten Jahres hinüberstiegen in ein neues Jahr, und er freute sich kindlich darüber, dieser Zeitspame, die ihm viel Hunger und Entbehrung gebracht hatte, mit heiler Haut entronnen zu sein. Später teilte sich die im Lokal angewende Gesellschaft in zwei Gruppen, die verchiedenen radikalen politischen Richtungen angehören und erörtern die Feindschaft. Einige Fensterheben und Spiegel wurden zertrümmert. Gegen drei Uhr morgens befand er sich am Arm einer jungen Dame, die Hyde oder ähnlich hieß und gerade über sein palendes Nachtlogis verfügte, auf dem Heimweg. Er berichtete überschwänglich von seiner prächtigen Wohnung. Die junge Dame hatte zwei Stullen in ihrem Handtäschchen, die noch im Treppenschur unter großem Lärm und Gepolter verzehrt wurden. Oben angelangt, kamen sie nicht in die Verlegenheit, Licht zu machen, denn die Leitung war infolge chronischen Nichtbezahlens der Lichtrechnung schon seit langem gesperrt. Es herrschte empfindliche Kälte im Raum, aber da es keinen Ofen gab, sparten sie die Mühe, Feuer zu machen. Als er sich im Dunkeln neben die neu gewonnene Gefährtin unter die einzige Decke legte, die er besaß, wunderte er sich über die Leere des Zimmers. Und nach einer Weile, als bereits vollkommene Stille herrschte, und nur die Fugen des Dachgebäts leise im Wind knarrten, der durch die zerbrochenen Fensterheben strich, fuhr er noch einmal auf und sagte laut in das Schweigen:

„Die Gedanken sind fort, ich bin hungrig!“
Aber niemand antwortete ihm.

Lungenentzündung.

Die Uebergangsjahreszeiten, Herbst und Frühling, bringen meist gehäufte Erkrankungen an Lungenentzündung, mitunter im Anschluß an Grippe. Auch jetzt bemerkt man wieder ein Ansteigen der Grippekrankheit. Man kann diesen Leiden nicht mit Sicherheit vorbeugen. Wenn auch widersteht Kleidung, besonders weifedichte Bekleidung, sehr nützlich ist und wenn man auch besonders das Stehen und Warten im Freien bei feuchtem windigem Wetter möglichst namentlich nach Erhigung im warmen Raum oder nach schnellem Gehen, vermeiden soll, so kann doch durch Anhalten von Kranken in menschengefüllten Räumen die Krankheit übertragen werden. Deshalb ist es von größter Wichtigkeit, schon die ersten Zeichen von Grippe oder Lungenentzündung zu beachten und sofort ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen; denn es stehen seit neuerer Zeit Mittel zur Verfügung, die im Beginn der Erkrankung angewendet, mit gerabezu zauberhafter Schnelligkeit die Gefahr beseitigen können. Sie wirken aber in dieser Weise nur im Anfang und bedürfen peinlich genauer ärztlicher Ueberwachung. Die ersten Zeichen der Grippe sind Kopf- und Gliederschmerzen, Fieber und mitunter Uebelkeit. Die Lungenentzündung kündigt sich durch heftigen Schüttelfrost, Brustschmerz und Hustenreiz an. Sobald diese Zeichen sich bemerkbar machen, wende man sich unverzüglich an den Arzt.

Matthias Filzer auf dem Standesamt.

Von L. Froschau.

Nach dem Tode seines Vaters begab sich Matthias Filzer aus Bredschlapp zum Gemeindefschreiber und sagte: „I möcht standesamtl vermeldn, daß mei Vaders selig gestorbn is.“

Der junge Beamte fragte: „Wie hieß Ihr Vater, wie alt war er und wann ist er gestorben?“

„Mei Vaders is der Filzer Wasil und war im anundfünfzigstn Jahr.“

„Wie bitte?“

„Wasil Filzer sag i.“

„Einen Wasil gibt es nicht. Sebastian heißt das.“

„I kenn toan Sebastian net.“

„Reden Sie nicht so dummes Zeug. In der Amtssprache gibt es nur einen Sebastian.“

„I so do net lagn, daß er Sebastian hoast, bal i toan Sebastian net kenn.“

„Verstehen Sie doch, Filzer. Man schreibt Sebastian und sogen tut man Wasil.“

„Matris lagd ma Wasil. Koan Sebastian gibd es in ganz Bredschlapp net.“

„Ich muß Sie schon bitten, Filzer. Wenn Sie so bodbeinig sind, kann ich den Sterbefall nicht ins Register eintragen.“

„Soll is mir wurscht.“

„Aber Filzer.“

„Bal Sö so laudumm daherredn, nacha sag i überhaupd nig net.“

„Erlauchen Sie, Herr . . .“

„I bin toa Herr net, bal oaner so dabbert daherred.“

Filzers Nase wurde rot.

„Also Sebastian Filzer mit i wie Isidor und 3 wie Zacharias.“

„Zericht sagt er Sebastian, jöht wieder andercht. Mos moanens denn überhaupt. I bin sei der Filzer Hias, Bürscherl.“

„Ich meine, daß Sie sich anständig benehmen sollen und daß man Filzer mit i und 3 schreib.“

„Matris schreibd mans mit am ü. Dös is gewiß.“

„Wie alt war Ihr Vater?“

„A Studra Anundföbzg.“

„Einundföbzg Jahre?“

„Jawoll, im anundföbzgtn.“

„Also siebzig, wenn er im einundsiebzigsten Lebensjahre stand?“

„Bal Sö so an Bidsinn fragen, nacha kennst sie ja toaner net aus. Im anundföbzgtn war er.“

„Filzer, Sie können nicht rechnen.“

„Wöllns mi derbledn? Söll werd i woll wiffn, wie alt mei Vaders war. Do brauch i krat eana, zum Rechnen, krat so an dalkatn Schreibergesölln, so an damischn Affn, als wie Sö oaner san.“

Filzers Nase wurde röter.

„Filzer, möhigen Sie sich. Ich habe nicht Zeit, mich mit Ihnen herumzürgern. Wann und wo hat Ihr Vater das Licht der Welt erblickt?“

„Mei Vaders, Wasil Filzer, had in Bredschlapp um die sechzger Jahrn das Licht der Wöld erblickt.“

„Warten Sie, ich werde in den alten Geburtsregistern nachsehen. Also 1860, da ist nichts. 1859 . . . hier: Sebastian Filzer, geboren am 3. April als Sohn des Dekonomen Balthasar Filzer und seiner Ehefrau Philomene, geborene Haidentias. So, jetzt ist der Fall haarflar. Ihr Vater war am 3. April vorigen Jahres 70 Jahre alt, stand, als er starb, im 71. Lebensjahre und hätte in drei Wochen seinen 72. Geburtstag gefeiert. Man muß nur ein bißchen denken können.“

„Sö bldder Hanswurcht, Sö ausghamter. Was blddn Sö eana denn ein. Sö Bleistifthengst Sö windiger. Was moanens denn überhaupt, i bin do toa Rindviech. I bin der Filzer Hias, Fürshtand vom Kaffeiseneerein Bredschlapp. Da wüll die fade Nochn mit Sprengln erölln. So . . .“

„Herr Filzer, ich bitte Sie, zu bedenken, daß Sie hier auf amtlichem Boden stehen und ich, der Ratssekretär von Bredschlapp, Sie jederzeit wegen Beamtenbeleidigung anzeigen und demzufolge verhaften lassen kann.“

Filzers Nase wurde blaurot.

„Do schaugs her. So a Glöist, so a daherglaufner Füllot, so a Lump, so a dreakter. Sö zuagroaster Hungerleider, Sö . . .“

„Herr Filzer, ich muß Ihnen das Betreten dieser amtlichen Stätte verbieten. Damit Sie aber Ihr Unrecht einsehen, will ich Ihnen sagen, daß jeder Mensch, wenn er zur Welt kommt, seinen ersten Geburtstag, wenn er ein Jahr alt ist, seinen zweiten Ge . . .“

Weiter kam der Herr Ratschreiber von Bredschlapp mit seiner Erklärung nicht mehr; denn Filzer ging auf den Schreiber zu, hob seine gewaltigen Bauerntragen und dann geschah etwas . . .

Nach einem Monat bekam die Gemeinde Bredschlapp einen neuen Gemeindefschreiber und der Dekonam Matthias Filzer wegen schwerer Körperverletzung drei Wochen Gefängnis.

Wie Friß es macht.

„Mensch, Friß, du? Bist du wieder hier in Arbeit?“

„Na freilich, oder denkst du ich gehe hier im Wert herumspazieren. Die haben doch drüben den neuen Flügel jetzt in Betrieb genommen und da wurde ich wieder mit eingestellt.“

„Ach, Mann, da hast du ja Glück gehabt. Wie lange lagst du eigentlich draußen?“

„Dreiundzwanzig Wochen. Ich sage dir, das stand mir bald am halle. Aber na ja, jetzt hält es hoffentlich eine Zeitlang.“

„Hoffentlich. Aber sag mal, du siehst eigentlich gar nicht aus, als ob du glücklich seist, daß du wieder reingekommen bist. Ich meine, du machst so'n griesgrämliches Gesicht.“

„Na, sieg' du mal dreiundzwanzig Wochen draußen, dann wirst du wohl auch nicht nach Schönheitskonturrenz aussehen. Aber davon abgesehen, ich habe mich auch auf der Arbeitsstelle geärgert.“

„Na ja, die ersten Tage, nicht wahr, aber das wird ja wieder besser werden, man gewöhnt sich da ja leicht wieder dran, das weißt du doch.“

„Ach was, nicht von wegen dem, ich habe mich über die Kollegen geärgert und noch so verschiedenes Zeug da.“

„Manu, wie kam denn das?“

„Na, Mensch, wenn man da so alles ansieht und anhört, da glaubt man ja in einer neuen Welt zu leben. Es scheint als ob die Arbeiter tatsächlich immer dummer werden. Da am Anschlagdrett hängen sogar allerhand Bekanntmachungen von Vergnügungsabenden, Vereinszusammenkünften und solches Zeug und —“

„Ja, das ist jetzt hier erlaubt von der Direktion. Weißt du, die wollen die Arbeiter damit ködern und so.“

„Un glaublich sowas, aber vom Verband und Politik hört du keinen Teufel was sagen. Und da sollst du dich nicht ärgern?“

„Manu, da tanntst du doch gar nichts gegen machen, das Volk ist nun einmal so.“

„Ist nun einmal so? Das möchte ich noch beweisen. Da sind doch noch eine ganze Anzahl Organisierten drunter, die mühten doch da mal zwischenfahren.“

„Ja, die sind ja auch nicht so beschlagen um das alles —“

„Red' doch nicht, wenn die nur wollten. Soll doch jeder nur sein Verbandsorgan sein, da ist mehr Stoff drin als sie brauchen. Ich habe gestaunt, welche Schwärmer und leeren Quatschöpfe jetzt hier das große Wort reden können. Ich kenne doch diese Quäker, die auch in die Erwerbslosenversammlungen kamen. Maulaufreißer, ja; aber dahinter ist nichts!“

„Ja, weißt du, mit Zeitungslesen kanntst du auch nicht gegen die an, in vielem haben sie ja recht.“

„Was nicht an, was recht? Sicher, die Zeitung allein macht keinen zum Gelehrten. Aber wir haben ja auch noch Versammlungen, Kurs-, Bildungsabende; wo sind denn alle die Organisierten da, hier könnten sie doch lernen.“

„Das schon, aber weißt du, da herrscht jetzt überhaupt so eine gewisse Würdigkeit. Das kommt daher — na, wie soll ich sagen — ich meine, da oben bei den Führern ist's auch nicht immer wie es sein soll.“

„A ja ja, den Zunder hört man jetzt überall. Und daran frankten wir ja gerade heutzutage. Gewiß, Elend und Not, wo man hinguckt. Aber, sind denn da wirklich die Führer schuld?“

„Ja wenn die —“

„Daß mal, Mensch. Ihr seid alle verrückt gemacht durch die Demagogen von links und recht. Wer ist an der elenden Lage von heute schuld? Die Führer? Quatsch! Der Kapitalismus ist schuld. Das hat uns doch Marx schon vor achtzig Jahren gelehrt, daß der Kapitalismus solche schlechten Zeiten bringen muß, daß niemand die Menschen im Kapitalismus davor bewahren kann. Und nun kommt ihr und quasselt von Schuld der Führer und so.“

„Was denn, Mann laß mich doch mal ausreden. Ich meine die Führer könnten etwas mehr tun gegen den Kapitalismus.“

„Mehr tun? Aber merzt ihr denn nicht, daß unfer Kampf die Gegner immer mehr in die Enge treibt? Wozu ist denn die Nazibewegung inszeniert worden? Etwa weil zu wenig getan wurde von der organisierten Arbeiterschaft? Nein, weil der Kapitalismus nicht mehr aus und ein weiß. Man will deshalb die Diktatur, um die Arbeiterklasse von der politischen Bühne entfernen zu können. So ist das, mein lieber Freund. Und deshalb schimpfen die Reaktionen gegen unsere Führer, weil die nicht freiwillig die Plätze räumen. Und die dummen Arbeiter schreien auch mit gegen diese Führer. Na weißt' —“

„Mensch, du redest ja wie ein Abgeordneter. Aber wenn mans richtig überlegt, dann hast du recht.“

„Aber ja doch. Nur solltet ihr alle so reden auch bei den Unorganisierten. Schade, daß ich keine Zeit

habe, dann würde ich dir noch mehr erzählen von alle dem, was heute notwendig ist.“

„Sag mal, wo hast du denn plötzlich all das Zeug her?“

„Woher? Das steht doch täglich in der Zeitung. Natürlich nur in sozialistischen Zeitungen. Außerdem aber habe ich in meiner Erwerbslosenzzeit mal das alles durchgearbeitet.“

„Wo?“

„Wo? Nun zu Hause. Ich habe mir in unserer Bibliothek Bücher geliehen und sie gelesen und studiert. So möchte man alle machen, dann würden sie ihre Lage bald besser begreifen, als wenn sie den Demagogen und Quatschköpfern der Nazis und der NSD. in Versammlungen zuhören.“

„Das glaube ich ja auch. Weißt du, unser Karl ist ja auch Erwerbsloser, dem werde ich doch mal gleich von unferm Gespräch erzählen. Du hast recht, ausnutzen soll jetzt von denen jeder seine unfreiwillige Freizeit, das mühte unserer Klasse und unferem Verbande großen Vorteil bringen, dem Kapitalismus aber sehr gefährlich werden.“

„Das mühte es bestimmt, es kommt nur darauf an, ob die Arbeiterschaft will.“ L. Zibiehl.

Die Zwangsjade.

Ein neuer Jack London.

„Meine lieben Mitbürger, die Sie Ihr Leben in Warte gepackt verbringen — glauben Sie mir, wenn ich Ihnen sage, daß Menschen noch heute in den Gefängnissen hingemordet werden, wie es geschah, seit die ersten Gefängnisse von Menschen erbaut wurden.“ Diese Behauptung beweist Jack London mit seinem Roman „Die Zwangsjade“ (erschienen im Universitäts-Verlag, Berlin, Volksausgabe in der Büchergilde Gutenberg, nur für Mitglieder). Er läßt einen zu lebenslänglichem Kerker Verurteilten, der später dem Strang überliefert wird, die Erlebnisse der letzten Jahre seiner Qual berichten. Es ist ein Buch des Grauens. Der Gefangene wird von den Wächtern und der Gefängnisleitung gefoltert und oft mehrere Tage lang in die Zwangsjade eingeschmürt. Die fieberhaften Phantasien während dieser Tortur erscheinen ihm als Wirklichkeit, die sein Geist, von dem er annimmt, daß er seinen Körper verlassen habe, durchstreift. Immer sind es aufregende und leidvolle Geschehnisse, aber die festsamen Phantasien sind der einzige Trost des Gemarterten, und dieses Traumleben gibt ihm eine Ueberlegenheit über seine Peiniger. Diese modernen Sklavenaufseher und Henker werden durch den Widerstand des Gefangenen zu immer stärkeren Scheußlichkeiten angepörrt, aber der Gefangene troht ihnen und glaubt auch noch wenige Minuten vor dem Tode an die Ueberlegenheit seines Geistes über den Körper und die erbärmliche Umgebung. Mehr als die jämmerliche Phantastie einer gepeinigten Seele interessiert uns die Darstellung des Daleins eines Eingekerkerten, die Darstellung des modernen und „humanen“ Strafvolzugs, von dem wir sonst nichts erfahren und über dessen Brutalität wir auch nicht aufgeklärt werden, wenn noch so viele Kommissionen durch die Gefängnisse geführt werden. Im Land des konsequenten Hochkapitalismus ist auch das kapitalistische Hochstrafsystem am erschreckendsten ausgeprägt. Jack Londons neuer Roman deckt diese Tatsache mit schonungsloser Offenheit auf.

Der gute Geruch.

Der Gefangenenaufseher entließ einen Häftling, der zwei Monate verbüßt hatte. Er sprach ihm einbrinlich zu, nicht wieder vom geraden Wege abzuweichen. Als er dann schweig, hat ihn der Mann, der aufmerksam zugehört hatte, er möge doch noch weitersprechen.

„Weshalb?“ fragte der Aufseher.

„Ach, ich habe zwei Monate keinen Schnaps trinken können, und Sie riechen so gut danach“, lautete die Antwort.

Menschliches aus harten Tagen.

Die Trompeter nationaler Würde mögen es beklagen, aber die Liebe ist international. Raum war die Befahrung eingerückt, so spannen sich parte Beziehungen zwischen „Feinden“ und „Freunden“ an. Am meisten vielleicht in dem lebensfrhen Köln. Da erlebte man dann Fälle wie diesen: Ein Kölner Mädel erwartete ein englisches Baby. Sie gesteht es zu Hause. Hochdramatischer Familienauftritt. Der Vater schimpft. Die Brüder toben. Die Mutter weint. — Die Tochter schluchzt. Unter strömenden Tränen jammert das arme Kölner Mädel: „Un wat dat Schlimmste es, wenn dat arme englishe Bumm zur Welt kömt und lernt duddele und well wer jett sage, dann kann ech et nit emol verston . . .“

Aus Beruf und Verband

Autoproduktion gegenüber 1928 um mehr als die Hälfte verringert.

Kaum ein anderer Wirtschaftszweig ist so stark von der Wirtschaftskrise betroffen worden, wie die deutsche Automobilherstellung. Der Produktionsrückgang umfaßt sämtliche Zweige der Kraftfahrzeugindustrie, den Personen- und Lastkraftwagenbau, ebenso wie die Herstellung von Krafttraktoren. Sehr man den Monatsdurchschnitt der Produktion des Jahres 1928 = 100, so ist die entsprechende Indeziffer der Produktion für Oktober 1930 bei den Personenkraftwagen nur noch 44,7, bei den Lastkraftwagen 49,1 und bei den Krafttraktoren sogar nur 17,7. Während also die Produktion von Personenkraftwagen um 55 Proz., die von Lastkraftwagen um 60 Proz. zurückging, erfuhr die Produktion von Krafttraktoren, die am stärksten betroffen wurde, einen Rückgang um mehr als 80 Proz. auf etwa ein Fünftel der Produktionszahlen des Jahres 1928. Besonders stark sind von dem Produktionsrückgang die Kleinwagen ergriffen worden, denn während die Produktion der Kleinwagen um 58 Proz. zurückging, hatte die Produktion von größeren Wagen mit mehr als 3 Liter Hubraum nur einen Rückgang um 34 Proz., beim Absatz sogar nur um 29 Proz., während der Absatz der Kleinwagen um 54 Proz. abnahm. Der Produktions- bzw. Absatzrückgang betrifft ebenfalls die amerikanischen Wagen, die zum größten Teil in deutschen Montagebetrieben aufzuzubereitet werden, doch weniger stark als die deutschen Kraftwagen. Allgemein hat die Wirtschaftskrise, was den Automobilabsatz anbelangt, die Kaufkraft der mittleren Einkommensschichten stärker in Mitleidenschaft gezogen als die Kaufkraft der reicheren Leute, deren Nachfrage sich in erster Linie auf schwerere Wagen richtet.

Offenbach nimmt Stellung zur KGD.

Am 7. Dezember 1930 fand in Offenbach a. M. eine von rund 100 Delegierten besuchte Bezirkskonferenz statt. Kollege Galm gab einen Ueberblick über die Lage der Arbeiterklasse und über den Stand des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Anschließend daran referierte Kollege Galm über die Lage in unserem Beruf und über den Stand der Tarif- und Lohnverhandlungen. Kollege Krüger gab einen Ueberblick über den organisatorischen Stand unseres Verbandes, Kollege Jung schilderte die erlassenen Notverordnungen und die Auswirkungen auf unsere Kollegenchaft unter besonderer Berücksichtigung der Verordnung über die Zuweisung der Heimarbeit zur Erwerbslosenversicherung. Nach ausgiebiger Aussprache wurde nachstehende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

Resolution:

Die am 7. Dezember 1930 stattfindende Bezirkskonferenz des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilier-Verbandes, Verwaltungsbezirk Offenbach a. M., die von 100 Berufsständlern besucht ist, nimmt nach umfassenden Referaten und ebenfallser Diskussion über die Lage der Arbeiterklasse und der Berufsständlerchaft folgende Stellung ein:

Die fortschreitende Krise der kapitalistischen Wirtschaft hat eine Verelendung breiterer Arbeiter-schichten zur Folge. Millionenmassen der Arbeiter stehen ohne Erwerb und erhalten nur notdürftige Unterstützung. Tausende von Berufsständlern sind seit Jahren außerhalb der Produktion. In dieser Situation der allgemeinen Verelendung der Arbeiterklasse erkennt die Bezirkskonferenz neben dem Wirken der proletarischen politischen Parteien die Gewerkschaftsorganisation als die einzige Kraft, die imstande ist, der Anarchie der kapitalistischen Produktionsmethoden die Planwirtschaft des Sozialismus entgegenzustellen.

Die Bezirkskonferenz fordert daher vom Zentralvorstand und dem A.D.G. Einsatz aller verfügbaren Kräfte, um jede weitere Verelendung der Massen, sei es durch Verringerung der Löhne, sei es durch Massenbefeuerung oder Pertrümmierung der sozialen Gesetzgebung zu verhindern.

Die Konferenz richtet an die Gesamtmitgliedschaft des Bezirks den Appell, die Arbeit der Verbandsfunktionäre weitgehendst zu unterstützen und durch eine planmäßige Aufklärungsarbeit den Aus- und Aufbau der Organisation zu erleichtern. Die Funktionäre der Organisation wissen, daß sowohl der Arbeiterklasse wie der Berufsständlerchaft schwere Kämpfe bevorstehen, die nur unter sozialistischem Einsatz aller proletarischen Kräfte für die Arbeiterklasse siegreich geführt werden können.

Indem sich die Konferenz einmütig auf den Boden der freien Gewerkschaften stellt, lehnt sie

entschieden die schädigende Agitation der sogenannten KGD., die die Zerstückelung der freien Gewerkschaften zum Ziele hat, ab.

Die Bezirkskonferenz stellt sich geschlossen hinter die leitende Arbeit der Verbandsleitung und Ortsverwaltung und billigt besonders die zur Sicherung der Arbeitsbedingungen durchgeführten Maßnahmen zum Abschluß eines neuen Tarifvertrags. Die Ortsverwaltung und Verbandsleitung erhält den Auftrag, der Entwicklung der Industrie auf dem Land, insbesondere der Ausbreitung der Heimarbeit die größte Aufmerksamkeit zu schenken und einen rücksichtslosen Kampf gegen die Schäden der Heimarbeit für unsere Berufsständlerchaft zu führen.

Gewerkschaftsarbeit schafft Lebensverlängerung.

Erst in neuerer Zeit wird der Bedeutung des lebenden Menschen mehr Beachtung geschenkt. Diese Rücksichtnahme auf das höchste Gut der Wirtschaft wird durch den in allen Ländern zu beobachtenden Geburtenrückgang gefördert. Alle Berufstätigen, die in der letzten Zeit erschienen sind, zeigen, daß der Gesundheitszustand des deutschen Volkes sich andauernd bessert. Die Lebensdauer der Menschheit wird weiter hinausgerückt.

Dieser Vorgang wird schon seit fünfzig Jahren beobachtet. Doch niemals ist er so in Erscheinung getreten wie in den Jahren nach dem Kriege. Alle Altersstufen vom Säugling bis zum Greis nehmen an der Verlängerung der Lebensdauer teil. So ist die Säuglingssterblichkeit, besonders auch in Wien, wesentlich zurückgegangen.

Diese günstige Entwicklung der Säuglingssterblichkeit und die auch in späteren Altersstufen zu verzeichnende Besserung der allgemeinen Sterblichkeitsverhältnisse wird durch die Sterbetafel gekennzeichnet, die in der „Statistik des Deutschen Reiches“ veröffentlicht wurde. Danach beträgt die voraus-sichtliche Lebensdauer der Neugeborenen:

Erstjahre für die Jahre	beim männl. Geschlecht	beim weibl. Geschlecht
1871—1880	35,8 Jahre	38,5 Jahre
1881—1890	37,2 "	40,3 "
1891—1900	40,6 "	44 "
1901—1910	44,8 "	48,3 "
1911—1920	47,4 "	50,7 "
1921—1926	56 "	58,8 "

Die Lebensdauer aller Deutschen hat sich in den letzten Jahren um 20 bis 25 Jahre gehehert. Bemerkenswert ist, daß das sogenannte „schwache“ Geschlecht im allgemeinen länger auf Erden wandelt als das „starke“.

Wir sagen nicht zuviel, wenn wir die Verlängerung des Lebens auf die besseren Lebensverhältnisse, auf die größere Hygiene usw. zurückführen. Die gewerkschaftliche Arbeit, die dem Arbeiter erst das Bewußtsein seiner Persönlichkeit gab und ihn aus der dumpfen Behaglichkeit eines bloßen Arbeitstieres herausriß, kann für sich den größten Anteil an dieser Entwicklung in Anspruch nehmen.

Getenngelohnt wird dies besonders durch den Rückgang der Tuberkulose. Diese typische Proletarierkrankheit hatte ihre Ursache in den schlechten Arbeitsbedingungen, in den miserablen Wohnverhältnissen und in der übermäßig langen Arbeitszeit. Im Jahre 1913 betrug die Sterblichkeitsziffer an Tuberkulose auf 10 000 Lebende 14,6 und im Jahre 1928 nur noch 10,3.

Die Statistik über die Lebensdauer der Menschheit beweist die günstige Wirkung, die das Streben nach Kultur, nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, nach geländen Wohnungen usw. im Gefolge hat. Die Gewerkschaften können diese günstigen Wirkungen auf ihr Konto buchen.

Arbeitslosigkeit unten und oben?

Auch Oesterreich leidet schwer unter der Arbeitslosenkrisis. Sie scheint sich jedoch vorwiegend unten, d. h. bei jenen Menschen auszuwirken, die ihr tägliches Brot mit täglicher Arbeit verdienen müssen. Oben, wo sowieso keine Not herrscht, wird nicht nur nicht abgebaut, sondern es werden noch neue Stellen geschaffen. J. Schorich, der Sekretär des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes, sagte darüber in einer auf dem österreichischen Parteitag gehaltenen Rede: „Früher mußte aus den Ertragnissen des Betriebes ein Unternehmer mit seiner Familie leben, heute aber sehen wir, daß solche Fabrikbetriebe 10 bis 15 Direktoren haben, und daß die Gesamtsumme ihrer Gehälter das Doppelte und Dreifache und selbst das Fünffache des Ertragnisses ausmacht, das in der Vergangenheit als Unternehmergewinn gebucht werden konnte.“

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Breslau. Eine am 15. Dezember stattgefundene Branchenversammlung der Lederwaren-, Reise- und Sportartikelbranche beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Ergebnis des Schiedsgerichtes, das am 3. Dezember in Görlitz tagte. Das Resultat desselben ist für die schließlichen Arbeitgeber ein sehr beschämendes und zeichnet dieselben so recht als egoistische und unsozial denkende Menschen ihren Arbeitern gegenüber. In der Zeit des Lohnaufbaues waren sie die letzten, die einer Erhöhung zustimmten, jetzt aber, wo alles von einer wahren Lohnabbaupolchse erfasst ist, sind sie mit bei den ersten der Bewerklückung.

Der Schiedspruch selbst sieht vor, daß der Lohn in der Lohnwoche, in die der 1. Januar fällt, sich in der Spitze um 4 Pf. pro Stunde ermäßigt. Die Gültigkeitsdauer ist bis zum 31. August 1931.

Die Aussprache über obigen Punkt war eine sehr erregte. Insbesondere wurde der Görlitzer Koffertfabrikant Arnade als der Urheber dieses Lohnraubes bezeichnet. Groß war die Entrüstung besonders darüber, als bekannt wurde, daß diesem eigentlich Abbau schon ein indirekter, nämlich der der Leistungszulagen, die bis zu 15 Proz. betragen, vorausging.

Im Punkt Verschiedenes wurde u. a. auf die Generalversammlung, die am 20. Januar stattfindet, besonders hingewiesen.

Dubersdorf. Am 15. Dezember hielt unsere Ortsverwaltung im Lokal „Zum Kronprinzen“ ihre Versammlung ab. Sehr auffallend ist immer wieder, daß nur die Kollegen der Firma Steinbeck dem Verband angehören. Sollten die in anderen Betrieben arbeitenden Tapezierer den Verband nicht nötig haben? Oder wissen sie noch gar nicht, warum der Arbeiter organisiert sein muß?

Kollege Busch-Erfurt hielt einen Vortrag über Zweck und Ziel der freien Gewerkschaften nebst allen bis ins kleinste abzuwehenden Fragen. Danach kam auch die heutige politische Lage im Reich zur Sprache. Dem Vortrage folgend, konnte man sehen, welche große Arbeit der Verband schon geleistet und wie er auch augenblicklich in der heutigen schweren Zeit zu kämpfen hat; aber vor allen Dingen darauf bedacht ist, die Interessen der Arbeiter in Zukunft weiter zu vertreten.

Besonders große Freude machte es, den Ausführungen über die Invalidenversicherung des Verbandes, die für alle Kollegen bald oder später eine angenehme Beihilfe werden kann, zu folgen. Dann gab der Redner an hand selbst durchgeführter Prozesse, Verhandlungen und Schiedsprüche betreffs Tarifeinhaltung schlagende Beweise für die Tätigkeit des Verbandes. Man konnte daraus ersehen, daß der Verband bis auf einige Ausnahmen stark genug war, die Tarife zu halten. Anschließend kam nun Kollege Busch auf das große Arbeitslosenheer zu sprechen. Die große Arbeitslosigkeit entstand aus der fortschreitenden Rationalisierung der Arbeit, Technik usw. Als Wege zur Abhilfe dieses Zustandes empfahl Kollege Busch die Verfürgung der Arbeitszeit, Verlängerung der Schulkzeit und Beseitigung des Zwischenhandels. Die Pflichtjahre der Alters- und Invalidenrente sollen von 65 auf 60 Jahre herabgesetzt werden. Hierdurch würden die alten Kollegen aus dem Arbeitsprozess herauskommen und durch junge ersetzt werden. Dann gab Kollege Busch bekannt, daß 40 Proz. unserer organisierten Kollegen arbeitslos sind und weitere 20 Proz. verkürzt arbeiten. Diesen allen käme jetzt die Unterstützung zugute. — Die ausgesteuerten Kollegen machte er noch auf die Weihnachtshilfe aufmerksam. Hierzu würde ein großer Teil der Beiträge allein verwendet. Danach kam er noch auf die politische Lage im Reich zu sprechen und legte klar, warum die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei der Notverordnung zugestimmt haben. Kollege Busch warnt vor der lügenhaften Agitationsweise der Nationalsozialisten, deren Führer sich im großen und ganzen aus Offizieren, Unternehmern, Studenten usw. zusammensetzen. Diese Partei, die sich unter den Deckmantel einer Arbeiterpartei aufstellt, ist für Abbau der Kranken- und Arbeitslosenversicherung und gegen alle sonstigen sozialen Einrichtungen. An solch einer Partei müsse jeder denkende Proletarier mit Berachtung vorbeigehen. In der Aussprache wurde über einige Fragen diskutiert, die Kollege Busch dann sachlich klarlegte. Am Schluß der in allen Teilen gut verlaufenen Versammlung forderte Kollege Busch auf, dem Verband immer treu zur Seite zu stehen und somit die wirtschaftliche Lage verbessern zu helfen. Es wäre sehr angebracht, wenn solche Versammlungen öfter stattfinden würden.

Arbeitsdienstpflcht ein untaugliches Mittel.

Die von rechtsradikaler Seite in letzter Zeit stark in den Vordergrund ihrer Propaganda gestellte Arbeitsdienstpflcht nach dem Muster des bulgarischen Staates soll angeblich das Wehrmittel gegen die Massenarbeitslosigkeit sein. Jede nuchterne Berechnung wird jedoch zu einer völligen Verurteilung dieses Gedankens führen, und zwar nicht nur deshalb, weil die Gewerkschaften gewichtige Bedenken gegen die Gefahr des Lohnbruchs und der Streikbrecherarbeit durch die Formationen der „Arbeitsarmee“ befürchten müßten, sondern auch deshalb, weil die außerordentlich hohen Kosten einer allgemeinen Arbeitsdienstpflcht für den Staat untragbar wären. Gegenwärtig kostet im Durchschnitt der Strafanstalten dem Staat täglich rund 3 Mk. Da der Arbeitslohn an Kleidung, Nahrung und Unterbringung erheblich mehr beanspruchen wird als der Sträfling, würden die Kosten einer Arbeitsdienstpflcht natürlich wesentlich höher einzulegen sein. Ein Artikel von Dr. Raager im „Deutscherischen Volkswirt“ (Arbeitsdienstpflcht in Industrieländern? 6. Dezember 1930, Nr. 10) führt eine Berechnung des Senatspräsidenten Flüge an, der als strammer Militarist und eingeschwoener Vertreter konservativer Weltanschauung frei von allen positiven gewerkschaftlichen Regungen sein dürfte und dennoch zu der Auffassung gelangt, daß der Gesamtaufwand bei der Arbeitsdienstpflcht so hoch sein würde, daß die Kultivierung von Oehländereien, Straßen und Kanalbauten usw. eine solche Kostenbelastung einfach nicht tragen könnten. Die Ausgaben pro Kopf und Arbeitstag werden nach sorgfältiger Berechnung mit durchschnittlich 5,30 Mk. angegeben, was nach allen Erfahrungen, die man bisher mit der Ergiebigkeit jeder Art von unfreier Arbeit gemacht hat, ein genügender Beweis für die Unrentabilität einer Arbeitsdienstpflchtung ist. Die Kosten einer Arbeitsdienstpflchtung würden, ganz abgesehen von den ungeheuren kulturellen Gefahren, um ein Vielfaches die Kosten unserer gegenwärtigen Arbeitslosenversicherung übersteigen. Gewiß mag dieser Gedanke, dessen Verwirklichung allen früheren Offizieren, Unteroffizieren usw. die Kommandogewalt über die junge Generation der unteren Bevölkerungsschichten geben würde, für viele verlockend sein. Welche Möglichkeiten der geistigen Beeinflussung der jungen Arbeiterklasse ergeben sich aus diesem Gedanken! Aber die Arbeiterschaft bedankt sich für solche Experimente.

Woher kauft, wohin verkauft Deutschland?

Die Veröffentlichungen des Deutschen Statistischen Reichsamtes über den deutschen Außenhandel in den ersten neun Monaten 1930 verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang des Einfuhrwertes um 20 Proz., des Ausfuhrwertes um 9 Proz. Die Ausfuhr war demnach viel weniger rückläufig als die Einfuhr. Der Rückgang der Einfuhr macht auf 2 Milliarden Mark aus und betrifft sämtliche Erdteile. Am stärksten ist Amerika von dem Einfuhrückgang in Mitleidenschaft gezogen, denn von dem gesamten Rückgang der deutschen Einfuhr entfallen auf Amerika 41 Proz., auf Europa 35 Proz., auf Asien 12 Proz., auf Afrika und Australien je 6 Proz. Was die Entwicklung im einzelnen anbelangt, so ist sie in den einzelnen Ländern keineswegs gleichartig. Während einzelne Länder besonders starke Rückgänge ihrer Einfuhr nach Deutschland erlitten, so Polen (- 29,1 Proz.), Großbritannien (- 27,3 Proz.), Belgien-Luxemburg (- 23,3 Proz.), die Vereinigten Staaten (- 23,4 Proz.), Kanada (- 57,8 Proz.), Australien (- 37,6 Proz.), konnten eine Reihe anderer Länder im besprochenen Zeitabschnitt ihre Einfuhr nach Deutschland sogar vergrößern. Das trifft vor allem für eine Reihe osteuropäischer Länder zu, so Rumänien (76,7 Proz.), Jugoslawien (20,2 Proz.), Bulgarien (15,7 Proz.). Auch Rußland erhöhte seine deutsche Einfuhrquote gegenüber dem Vorjahr um 11,1 Proz. Den Waren nach umfaßt der Einfuhrückgang in erster Linie die Rohstoffzufuhr, wobei Amerika besonders durch den starken Rückgang der Lebensmittelfuhr stark betroffen wurde. Für die deutsche Ausfuhr haben die europäischen Länder nach wie vor ausschlaggebende Bedeutung. Von unserer Gesamtausfuhr während der ersten neun Monate 1930 in einer Höhe von 9,1 Milliarden gingen mehr als 7 Milliarden nach Europa und 1,2 Milliarden nach Amerika. Das wichtigste Absatzland ist noch immer Holland, das für 944 Millionen deutsche Waren einfuhrte, dann Großbritannien mit 884 Millionen und Frankreich mit 864 Millionen. Während jedoch die Ausfuhr nach Holland um 5,8 Proz., die Ausfuhr nach Großbritannien um 7,7 Proz. zurückging, konnte die Ausfuhr nach Frankreich um 30,8 Proz. gesteigert werden, so daß Frankreichs Bedeutung als Absatzland für deutsche Produkte auch in den ersten neun Monaten d. J. weiter stark zunahm. Ebenfalls stieg die deutsche Ausfuhr nach Belgien-Luxemburg (17,3 Proz.) und die Ausfuhr nach Rußland (13,4 Proz.). Dagegen erlebte Deutschland einen starken Absatzverlust in den

Vereinigten Staaten mit 28,7 Proz., zum Teil schon als Folge der gewaltigen Erhöhung der Zölle, so daß wir gegenwärtig mit einer Barenausfuhr von 540 Millionen kaum halb so viel nach den Vereinigten Staaten exportieren, als wir von dort einführen (1005 Millionen). Von dem Gesamtumfang der deutschen Ausfuhr entfallen auf die Ausfuhr nach Amerika 44 Proz., nach Europa 30 Proz., nach Asien 20 Proz., nach Afrika und Australien je 3 Proz. Entsprechend dem Charakter der deutschen Ausfuhr ist an dem Rückgang vornehmlich die Fertigwarenausfuhr beteiligt, vor allem die Ausfuhr von Textilien, sowie von Erzeugnissen der Eisen-, Maschinen- und chemischen Industrie.

Stand der Löhne im Verband Ende Dezember 1930.

Cedewarenindustrie. (Tarifmindestlohn der über 22 bzw. 23 Jahre alten Facharbeiter.) Lohnbezirke und Orte: Hamburg 112 Pf., Berlin 110 Pf., Leipzig-Westfahlen 108 Pf., Offenbach-Frankfurt a. M. 108 Pf., Stettin 104 1/2 Pf., Brandenburg 104 1/2 Pf., Stuttgart-Württemberg 102 Pf., Dresden-Ostfahlen 100 Pf., München 100 Pf., Magdeburg 99 Pf., Rheinland-Westfalen 97 Pf., Nürnberg-Nordbayern 95 Pf., Kassel-Thüringen 94 Pf., Halle 94 Pf., Bielefeld 93 Pf., Heidelberg 92 Pf., Mainz 92 Pf., Dessau 91 Pf., Breslau-Schlesien 89 Pf., Hannover 87 Pf., Frankfurt (Oder) Ostdeutschland 84 Pf. pro Stunde.

Leberrtreibindustrie. (Tarifmindestlohn der über 22 Jahre alten Sattler.) Lohnbezirke und Orte: Groß-Berlin 125 Pf., Hamburg 116 Pf. (außerdem betriebliche Kopfzulage 4 Pf. pro Stunde), Frankfurt a. M. 115 Pf., Bremen 112 Pf. (Leistungszulagen 3 Pf. pro Stunde), München und Vororte 105 Pf., Augsburg 106 Pf., Nürnberg-Fürth 105 Pf., Stuttgart 105 Pf., Stettin 104 Pf., Rosenheim, Kempten, Kaufbeuren 101 Pf., Köln-Dortmund 100 Pf. (außerdem für Frau und Kind pro Kopf 2 Pf. soziale Zulage), Magdeburg 100 Pf., Alperg, Ehlingen, Sigenen, Kullingen, Reutlingen, Schorndorf und Ulm 100 Pf., Nordwestgruppe 99 Pf. (soziale Zulage wie Köln), Freistaat Sachsen, Ortsklasse I: Chemnitz, Dresden, Freiberg-Deuben, Leipzig-Pöschappel, Pal. Plauen und Zwickau 98 Pf., Erfurt 98 Pf., Kreuznach 98 Pf., Reichenberg 95 Pf., Rittingen 95 Pf., Aachen 94 Pf., Hannover 94 Pf., Krefeld 94 Pf. (und je 2 Pf. Sozialzulage), Freistaat Sachsen, Ortsklasse II: Wittmitzweida, Bischofswerda, Frankenberg, Glauchau, Meichen, Wittweida, Niederschlema, Rietsa, Seiffenröschen, Werbau, Wurzen, Rittau 91 Pf., Barch 89 Pf., Braunschweig 88 Pf., Neustadt-Gleize 85 Pf., Hildesheim 84 Pf., Gahrna 82 Pf., Barel 82 Pf., Danzig 1,15 Gulden die Stunde.

Handwerkstatter. (Mindestlohn der Facharbeiter über 23 Jahre.) Lohnbezirke und Orte: Lübeck 115 Pf., Freistaat Baden, Ortsklasse I: 112 Pf., Freistaat Württemberg, Ortsklasse I: 118 Pf., Ortsklasse II: 113 Pf., Groß-Hamburg 110 Pf., Frankfurt a. M. 110 Pf., Freistaat Württemberg, Ortsklasse III: 108 Pf., Freistaat Baden, Ortsklasse II: 108 Pf., Berlin 105 Pf., Bremen 105 Pf., Rostock 105 Pf., Freistaat Württemberg, Ortsklasse IV: 103 Pf., Freistaat Baden, Ortsklasse III: 102 Pf., Freistaat Sachsen, Ortsklasse A: Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen, Zwickau 102 Pf., Hensburg 101 Pf., Weiskens 100 Pf., Freistaat Thüringen Ortsklasse A: Erfurt 99 Pf., Freistaat Sachsen, Ortsklasse B: Annaberg, Aue, Bauhen, Borna, Burgstädt, Döbeln, Frankenberg, Grimma, Leisnig, Marienberg, Neustadt, Rietsa, Rochlitz, Crimmitschau, Falkenstein, Freiberg, Glauchau, Meerane, Meichen, Dölsch, Birna, Nadeberg, Reichenbach, Werbau, Wurzen, Rittau 99 Pf., Altenburg 98 Pf., Freistaat Baden, Ortsklasse IV: 98 Pf., Magdeburg 96 Pf., Freistaat Sachsen, Ortsklasse C: (weitere 10 Orte) 95 Pf., Freistaat Thüringen, Ortsklasse B: 95 Pf., Handwerkskammerbezirk Berlin, Ortsklasse R: Bernau, Eberswalde, Gudenow, Dranienburg, Rathenow, Strausberg, Wittenberge 95 Pf., Jachow 90 Pf., Freistaat Thüringen, Ortsklasse C: 90 Pf., Görlitz 88 Pf., Stendal 85 Pf., Handwerkskammerbezirk Berlin, Ortsklasse C: (weitere Orte) 83 Pf. pro Stunde.

Fahrradindustrie. (Tariflohn der ältesten Facharbeitergruppe, Sattler und Tapeziererabteilung.) Lohnbezirke und Orte: a) Selbständige Tarife: Groß-Hamburg 135 Pf., Groß-Berlin 124 Pf., Köln a. Rh. 120 Pf., Freistaat Sachsen, Ortsklasse I: Dresden, Chemnitz, Leipzig, Meichen, Werbau 121 Pf., Ortsklasse II: Glauchau, Meerane, Reichenbach, Rietsa, Rittau 115 Pf., München 115 Pf., Ortsklasse III: Bauhen, Froberg, Döbeln, Gottsche, Großenhain, Hartha, Kamenz, Simbach, Neustadt,

Pegau, Rochlitz, Wurzen 108 Pf., Koburg 109 Pf., Mainz (Annungsbetriebe) 103 Pf., Hannover 102 Pf. pro Stunde.

b) Kollektivabkommen in der Metallindustrie: Rüsselsheim (Alford) 115 Pf., Berlin 109 Pf., Halle 90 Pf., Heidelberg 90 Pf., Grünberg 90 Pf., Mannheim 90 Pf., Darmstadt 89 Pf., Frankfurt am Main 89 Pf., Heilbronn 88 Pf., Mainz 88 Pf., Nürnberg 88 Pf., Görlitz 86 Pf., Breslau 84 Pf., Liegnitz 84 Pf., Dessau 84 Pf., Werbau 84 Pf. pro Stunde.

Sonstige Branchen. Groß-Berlin: Zelte- und Bläselattler 150 Pf., Seegelmacher 150 Pf., Hilfsarbeiter 135 Pf., Maschinennäher 113 Pf., Handnäherinnen 98 Pf. pro Stunde. Groß-Berlin: Vinoleum- und Teppichleger 170 Pf., Teppichklopperinnen 148 Pf., Näherinnen 128 Pf. pro Stunde.

Tapezierergewerbe. (Tarif- und Mindestlohn der ältesten Facharbeitergruppe, in Klammern der Lohn der Näherinnen.)

Lohnbezirke und Orte: Staatsgebiet Hamburg 139 Pf. (92), Groß-Berlin 138 Pf. (101), Köln-Bonn 130 Pf. (94), Essen-Ruhr 123 Pf. (78), Frankfurt a. M. (Wöbelbetriebe) 125 Pf. (82), Oberhausen (Alford) 123 Pf., Groß-Stuttgart, Feuerbach, Waiblingen, Zuffenhausen (Wöbelbetriebe) 122 Pf., Duisburg 122 Pf. (79), Leipzig 122 Pf. (88), Düsseldorf 121 Pf. (83), Spezialarbeiter 133 Pf. (105), Frankfurt a. M. (Annungsbetriebe) 120 Pf., Frankfurt a. M. (Stapelbetriebe) 119 Pf. (77), München 119 Pf. (83), Reichenhall 119 Pf., Hagen i. Westf. 118 Pf., Alendorf (Alford) 118 Pf., Groß-Stuttgart (Annungsbetriebe), Ortsklasse I: 118 Pf., Wurzen 117 Pf. (83), Mannheim-Ludwigshafen 117 Pf. (85), Dortmund 117 Pf. (87), Bremen mit Delmenhorst und Hemeelingen 115 Pf. (87), Mupperthal-Bereich Land 115 Pf. (93), Stettin 115 Pf., Krefeld 115 Pf., Schweinfurt 115 Pf., Wiesbaden 115 Pf. (80), Nürnberg-Fürth 115 Pf. (78), Lübeck 115 Pf., Darmstadt 115 Pf., Mainz 115 Pf., Halle 114 Pf. (75), Freistaat Württemberg, Gruppe II (Wöbelbetriebe): Ehlingen, Kirchheim, Ulm, Wendlingen 114 Pf., Eisingen 114 Pf., Freistaat Württemberg, Ortsklasse II (Annungsbetriebe): Ehlingen, Feuerbach, Friedrichshafen, Freudenstadt, Göppingen, Omiind, Heidenheim, Heilbronn, Ludwigshafen, Merzheim, Ravensburg, Reutlingen, Schramberg, Ulbingen, Ulm, Wildbad, Zuffenhausen 113 Pf., Bieren 112 Pf., Hannover 112 Pf. (68), Rummelst 112 Pf., Braunshweig 112 Pf., Hamm 112 Pf., Halberstadt 112 Pf., Hettstedt 112 Pf., Osanbrück 110 Pf., Kiel 110 Pf., Chemnitz 110 Pf. (73), Dresden 110 Pf. (75), Weiskens 110 Pf., Magdeburg 110 Pf., Beuthen (Ober-Schl.) 110 Pf., Wilhelmshaven-Rüstringen 110 Pf., Rabenau 109 Pf., Giechen 109 Pf., Freistaat Thüringen, Ortsklasse A: Erfurt 109 Pf. (82), Bamberg 108 Pf., Freistaat Württemberg, Ortsklasse III, Annungsbetriebe (Reinigtische): 108 Pf., Freistaat Württemberg, Wöbelbetriebe, Gruppe III: 108 Pf., Straßburg 107 Pf., Plauen 107 Pf., Alschaffenburg 107 Pf., Bielefeld 106 Pf., Freistaat Baden, Ortsklasse II: Durlach, Freiburg i. Br., Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Vörrach, Pforzheim, Schweinauen, Sickingen 106 Pf. (78), Hildesheim 106 Pf., Gleisnig 105 Pf., Freistaat Thüringen, Ortsklasse B: Altenburg, Apolda, Arnstadt, Bad Liebenstein, Bad Sachsa, Bad Salzungen, Blankenburg, Fleischerode, Eisenach, Frankenhäusen, Friedrichroda, Gera, Gotha, Grell, Hettlingen, Hildburghäusen, Hochheim, Jüterbog, Jena, Jena-Langenlitz, Metzingen, Mühlhausen, Nordhausen, Oberhof, Ohrdruf, Rudolstadt, Ruhla, Saalfeld, Schleusingen, Schmalkalden, Sondershausen, Sommerda, Sonneberg, Waltershausen und Weimar 105 Pf. (79), Augsburg 105 Pf., Rottbus 105 Pf., Scherwin i. W. 105 Pf., Dessau 105 Pf., Röniasberg 105 Pf., Rostock 105 Pf., Güstrow 105 Pf., Coblenz 104 Pf., Rittau 104 Pf., Geringswalde 104 Pf., Waldheim 104 Pf., Bochum 103 Pf., Freistaat Württemberg, Ortsklasse IV (Annungsbetriebe): 103 Pf., Oldenburg 102 Pf., Spener in der Pfalz 102 Pf., Kallerslautern 102 Pf., Freistaat Baden, Ortsk. III: Baden-Baden, Baden (Ost), Bruchsal, Gottmadingen, Hattingen, Rehl, Radolfszell, Rastatt, Sigen, Weiskens 102 Pf., Breslau 102 Pf., Hensburg 101 Pf., Brandenburg 101 Pf., Alfersleben 100 Pf., Freistaat Thüringen, Ortsklasse C: 56 Orte 100 Pf. (75), Kassel 100 Pf., Greifswald i. B. 100 Pf., Regensburg 100 Pf., Frankfurt a. d. O. 100 Pf., Görlitz 100 Pf., Zehdenick 100 Pf., Freyberg i. Sa. 100 Pf., Altenstein 100 Pf., Elfta 100 Pf., Bernburg 99 Pf., Bismarck 99 Pf., Freistaat Baden, Ortsklasse IV: 21 Orte 98 Pf., Bauhen 98 Pf., Siegnitz 98 Pf., Göttingen 95 Pf., Stendal 95 Pf., Jachow 95 Pf., Freistaat Baden, Ortsklasse V: 94 Pf., Erlangen 94 Pf., Elbing 93 Pf., Rößera 93 Pf., Landsberg a. d. W. 93 Pf., Stolp i. B. 93 Pf., Amberg 90 Pf., Koburg 87 Pf., Danzig 1,38 Gulden pro Stunde.

Streiks und Lohnbewegungen.

Fahrzeugbranche.

Hannover. Ueber den für die Metallindustrie gefällten Schiedspruch fand von den Streikenden eine Urabstimmung statt. Von 6104 Abstimmenden waren nur 12 dafür. Der Schiedspruch sah einen Abbau der Tariflöhne um 3 1/2 Proz. und eine größere Beschneidung der Affordbiage vor. Der Abwehrstreik geht demnach weiter.

Köln. Zu dem Streik in einigen Betrieben, darunter der Waggonfabrik Van der Zypen, hat das Arbeitsgericht Köln entschieden, daß die Abzüge, die den Streik verurlichen, nicht vorgenommen werden dürfen, da der Tarifvertrag generelle Abzüge untersagt. Der Metallindustriellen-Verband wurde verurteilt, auf die Firmen einzuwirken, die Abzüge zu unterlassen. Der Streik geht unverändert weiter.

Mainz. Der Streik ist beendet. Ein neuer Mantel- und Lohnvertrag wurde abgeschlossen. Beteiligt waren wir in der Waggonfabrik Mainz.

Berlin. In der Karosseriebranche ist ein neuer Mantel- und Lohnvertrag mit einigen Änderungen zugunsten der Kollegen abgeschlossen worden.

Lebwarenbranche.

Bezirk Offenbach-Frankfurt a. M. Am 19. Dezember wurde in einer Verhandlung vor dem Schlichter die zum Tarifvertrag noch fehlende Schiedsstellenordnung geschaffen. Damit ist der gesamte Tarifvertrag in Kraft getreten und gilt bis zum 30. April 1932.

Tapezierbranche.

Frankfurt a. M. Durch Vereinbarung ist der Mantel- und Lohnvertrag in der Stapelindustrie verlängert worden.

Lehrn stenographieren!

Laßt dies Mahnwort nicht achlos vorbeiziehen. Genau so, wie ihr die Muskeln eures Körpers durch ständige Arbeit, sportliche Betätigung usw. gestählt habt, so stählt ihr die Energie eures Gehirns, die Leistungsfähigkeit eures Geistes durch die Erlernung der logischen Regeln der Stenographie, die vier- bis fünfmal kürzer ist als die gewöhnliche Schrift. Diese Kürze ermöglicht es jedem, mit dem geringsten Aufwand an Zeit und Kraft Gedankengänge aus Vorträgen und Büchern mühelos festzuhalten. Darum ergeht an alle unser Ruf, die die Kurzschrift noch nicht erlernt haben, oder denen es an weiterer Fortbildung in derselben fehlt: „Nehmt teil an unseren Anfängertkursen in der Reichs-Kurzschrift“, und zwar:

- Norden:** Freitag, den 16. Januar 1931, in der Gemeindefschule, Schullstr. 99.
- Nordosten:** Donnerstag, den 15. Januar 1931, in der Gemeindefschule, Senefelderstr. 6.
- Osten:** Donnerstag, den 15. Januar 1931, in der Gemeindefschule, Frankfurter Allee 37.
- Sichtenberg:** Dienstag, den 13. Januar 1931, in der Gemeindefschule, Scharnweberstr. 19.
- Südwesten:** Freitag, den 16. Januar 1931, in der Gemeindefschule, Gneisenaustr. 7.
- Neudölln:** Dienstag, den 13. Januar 1931, in der Karl-Marg-Schule, Kaiser-Friedrich-Str. 209.
- Für Stolze-Schren** (Anfänger und Fortgeschrittene) nur in der Sophienfchule, Weinmeiherstr., zur Vorbesprechung am Freitag, dem 16. Januar.

Alle Kurse beginnen abends 8 1/2 Uhr. Kursdauer 15 Abende. Das Kursgeld beträgt einschl. Lehrmaterialbelieferung für Erwachsene 10 Mk., für Jugendliche 7,50 Mk. Erwerbslose zahlen 50 Proz. der angegebenen Sätze. Die Anmeldung erfolgt am ersten Abend in den genannten Bezirken. Auskunft erteilt

Freie Arbeiter-Stenographen-Vereinigung
Groß-Berlin.

W. Kiedel, Berlin-Spandau, Wustermärker Straße 10 I.

Rundschau

Weshalb ist Radium unbezahlbar? Ein Gramm Radium kostet 200 000 Mk., eine Unze 6 200 000 Mk. Das Radium ist für die Heilung von schweren Krankheiten, vor allem zur Krebsbehandlung ein unübertreffliches Mittel, dessen Anwendung jedoch wegen der unerschwinglichen Preise für breitere Schichten nicht möglich ist. Das englische Blatt „Daily Herald“ sandte einen Mitarbeiter nach dem belgischen Kongo, dem Hauptgebiet für Radiumgewinnung, um den Ursachen der Preisbildung für Radium nachzugehen. Der hohe Preis des Radiums war bis 1915 einigermaßen begründet, da die Vorkommen außerordentlich selten waren und für die

Dresden.

Seit April 1929 vollendeten weitere 48 Kollegen ihre 25jährige Mitgliedschaft.

Sattler.

- Stülpner, Martin;
- Smjlaela, Emil;
- Edler, Max;
- Klinger, Karl;
- Jakob, Artur;
- Grahl, Otto;
- Schwarze, Emil;
- Häufker, Fritz;
- Jünger, Max;
- Gäpel, Artur;
- Hoffmann, Kurt;
- Köhler, Kurt;
- Kaden, Karl;
- Jakob, Friedrich;
- Häuser, Emil;
- Balzer, Johann;
- Rammuschat, Otto;
- Koschel, Johann;
- Behmann, Max;
- Schaar, Alfred;
- Bindig, Hermann;
- Reinelt, Robert;
- Heidrich, Otto;
- Forster, Gustav;
- Schiller, Hermann;
- Klingauf, Ernst;
- Seidel, Paul;
- Müsch, Otto;
- Eckhardt, Richard;
- Hausnecht, Karl;
- Reuge, Oskar;
- Pfeffer, Paul;
- Imhof, Otto.

Tapezierer.

- Miehl, Walter;
- Voigt, Paul;
- Kraking, Paul;
- Schulze, Hermann;
- Döring, Paul;
- Friedel, Max;
- Red, Walter;
- Sämmang, Alfred;
- Goethner, Eugen;
- Höhle, Max;
- Krona, Artur;
- Bullot, Richard;
- Schachtli, Franz;
- Grohmann, Johannes;
- Wahl, Kurt.

Gewinnung eines Gramms Radium die Zerkümmung einer Felsenmasse von 200 bis 400 Tonnen und eine kostspielige Behandlung dieser Massen erforderlich war. Im Jahre 1915 wurden aber im belgischen Kongo im Katanga-Bezirk in der Nähe des nördlichen Rhodessens gewaltige Schätze von Radium entdeckt. Sie sind im Besitz der Katanga-Bergwertgesellschaft (Union Minière de Haut-Katanga), die ein einflussreiches Mitglied des internationalen Kupferkartells ist. Diese Gesellschaft besitzt jetzt ein tatsächliches Monopol der Radiumgewinnung, die mit verhältnismäßig geringen Kosten erfolgen kann. Es reichen jetzt aus den Erzen von Katanga 10 Tonnen aus, um daraus ein Gramm Radium herzustellen. Der gegenwärtig für das Radium geforderte Preis steht in keinem Zusammenhang mit den Produktionskosten und ist als ein reiner Monoppreiz zu bezeichnen. In der kapitalistischen Profitwirtschaft gilt das Menschenleben wenig, der Profit alles.

Bücherchau

„Steuerparadies für Beamte, Angestellte und Arbeiter.“ Von Hans Schäfer. Verlag Waldemar Köthen, München 8 23. Preis 1,50.

Bei der wirtschaftlichen Not und den enormen Steuerhöhen ist es eine soziale Tat, daß der Verfasser in dieser klaren und billigen Schrift alles das zusammengestellt hat, was jeder selbstbesteuerte Steuerzahler im Interesse seines Geldbetrags wissen muß. Der dieses Buch besitzt, lernt die gesetzlichen Bestimmungen über die Steuerabzüge kennen und spart dadurch viel Geld. Verschiedene Muster von Eingaben an das Finanzamt sind eine wertvolle Beigabe. Da jeder Selbstbesteuerte über diese Steuererleichterungen unterrichtet sein muß, kann die Anschaffung dieses Buches nur dringend empfohlen werden.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 28. Dezember 1930 bis zum 3. Januar 1931 ist der 1. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Alle Ortsverwaltungen, die die Berichtskarte über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für 1930 noch nicht

eingelandt haben, werden hiermit dringend erucht, das Veräumte bis spätestens zum 8. Januar nachzuholen.

Verammlungskalender

Verwaltungsstelle Breslau. Generalversammlung am 20. Januar 1931 im Gewerkschaftshaus, Margareten 17, Zimmer 78, abends 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung.

Unser diesjähriger Maskenball findet am Sonnabend, dem 17. Januar 1931, in Wollins Festfälen, Frankfurter Straße 109, statt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Dresden. Versammlungen im Januar 1931. Jugendabteilung: Freitag, den 9. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 2.

Tapezierbranche: Montag, den 12. Januar, 18 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 3.

Treibriemenbranche: Mittwoch, den 14. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 3.

Fahrzeugbranche: Donnerstag, den 14. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 6 und 7.

Lebwarenbranche und Handwerksattler: Freitag, den 16. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 4.

Generalversammlung: Dienstag, den 27. Januar, 18 1/2 Uhr, im Volkshaus, neue Gaststube (früher Saal 1), Schützenplatz 20 ptr.

Vollzähligen Besuch zu allen Veranstaltungen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Wuppertal-Barmen-Elberfeld. Branchenversammlung der Tapezierer am Dienstag, dem 6. Januar 1931, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Ballonzimmer). Tagesordnung: 1. Tariffragen. 2. Wahl der Branchenleitung. 3. Verschiedenes. Restloses Erscheinen ist Pflicht.

Branchenversammlung der Sattler am Freitag, dem 9. Januar 1931, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Konferenzzimmer). Tagesordnung: 1. Tariffragen. 2. Wahl der Branchenleitung. 3. Verschiedenes. Restloses Erscheinen ist Pflicht aller Mitglieder.

Jahresgeneralversammlung für alle Branchen am Freitag, dem 16. Januar 1931, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Roter Saal). Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenericht. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Versammlung muß jedem Mitglied bekannt sein und erfordert restloses Erscheinen aller Mitglieder.

Wuppertal-Bohmwiel. Versammlung Montag, den 5. Januar 1931, nachm. 5 Uhr, im Lokal Hillmann, Bohmwiel, Solinger Str. 34. Alles muß erscheinen.

Zeit. Unsere für das Jahr 1931 in Frage kommende Generalversammlung findet am Sonnabend, dem 10. Januar, 20 Uhr, im Restaurant Felsenkeller, Freiligrabstr., statt.

Tagesordnung:

Berichte — Abrechnung — Wahlen
Verschiedenes.

Agitiert für zahlreichen Besuch. Die Ortsverwaltung.

Adressenänderungen

Hamm i. Wehl. Kass.: Josef Leonhard, Vortterhauserweg 7a.

Droffen. Kass.: Wilhelm Kohau, Zielensiger Straße 24; Kass.: Ernst Bläding, Ostar-Dörfler-Straße 5a, 1. Treppe.

Hilferwalde. Kass.: Friedrich Jurtsch, Lange Straße 70.

Sterbetafel

Hamburg. Am 12. Dezember starb der Tapezierer Kollege Theodor Blesgen im Alter von 53 Jahren.

Offenbach a. M. Am 9. Dezember 1930 starb unser Mitglied, der Portefeuller Kollege Rudolf Sauer, 70 Jahre alt, nach fast dreißigjähriger Mitgliedschaft.

Ehre ihrem Andenken!